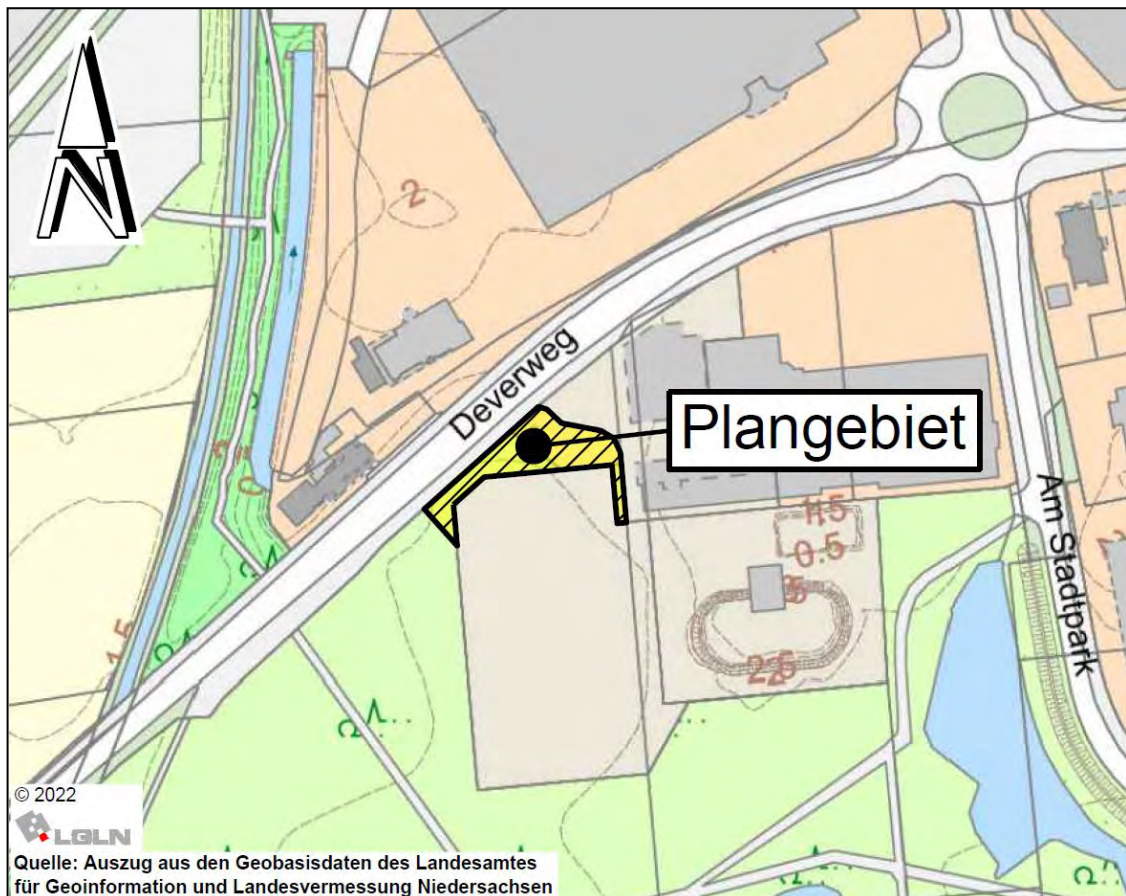




**Begründung
mit Umweltbericht
zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 23/II
„Altes Wasserwerk – Teil 2“**



Büro für Stadtplanung

Gieselmann und Müller GmbH
Raddeweg 8
49757 Werlte
Tel.: 05951 951012
Fax: 05951 951020
e-mail: j.mueller@bfs-werlte.de

Inhalt	Seite
1 ANLASS UND ZIEL DER PLANUNG	4
1.1 GELTUNGSBEREICH.....	4
1.2 ANLASS UND ERFORDERNIS.....	4
1.3 STÄDTEBAULICHE ZIELE	5
2 PLANUNGSVORGABEN	5
2.1 REGIONALES RAUMORDNUNGSPROGRAMM (RROP)	5
2.2 DERZEITIGE DARSTELLUNG IM FLÄCHENNUTZUNGSPLAN	5
2.3 ÖRTLICHE GEGEBENHEITEN.....	7
3 KONZEPT ZUR STANDORTAUSWEISUNG.....	7
4 INHALT DES PLANES	7
4.1 ART DER BAULICHEN NUTZUNG	7
4.2 MAß DER BAULICHEN NUTZUNG.....	8
4.3 BAUWEISE UND BAUGRENZEN	9
4.4 GRÜNORDNERISCHE FESTSETZUNG	9
4.5 FAHR- UND LEITUNGSRECHT	9
4.6 ERSCHLIEßUNG, VER- UND ENTSORGUNG	10
4.6.1 Verkehrserschließung.....	10
4.6.2 Wasserwirtschaftliche Erschließung.....	10
4.6.3 Energieversorgung	11
4.6.4 Abfallbeseitigung	11
4.6.5 Telekommunikation	11
5 UMWELTBERICHT	12
5.1 EINLEITUNG	12
5.1.1 Kurzdarstellung des Planinhaltes	12
5.1.2 Ziele des Umweltschutzes.....	12
5.1.2.1 Fachgesetze / Rahmenbedingungen	12
5.2 BESTANDSAUFNAHME	17
5.2.1 Beschreibung der bestehenden Nutzungsstruktur (Schutzgut Mensch)	17
5.2.1.1 Wohn- und Arbeitsumfeld / Schutzbedürftigkeit	17
5.2.1.3 Erholungsfunktion	18
5.2.2 Beschreibung von Natur und Landschaft	18
5.2.2.1 Naturraum	18
5.2.2.2 Landschaftsbild	19
5.2.2.3 Boden / Wasserhaushalt / Altlasten	19
5.2.2.4 Klima / Luft	20
5.2.2.5 Arten und Lebensgemeinschaften.....	21
5.2.3 Kultur- und sonstige Sachgüter	25
5.3 NULLVARIANTE.....	25
5.4 PROGNOSE	25
5.4.1 Auswirkungen auf den Menschen / Immissionssituation.....	25
5.4.1.1 Einwirkungen auf das Plangebiet.....	26
5.4.1.2 Auswirkungen auf das Wohn- und Arbeitsumfeld	26
5.4.1.3 Auswirkungen auf die Erholungsfunktion	27
5.4.1.4 Risiken für die menschliche Gesundheit	27
5.4.2 Auswirkungen auf Natur und Landschaft	27
5.4.2.1 Landschaftsbild / Ortsbild	27
5.4.2.2 Fläche / Boden / Wasser / Altlasten	28

5.4.2.3	Klima / Luft	29
5.4.2.4	Arten und Lebensgemeinschaften (s. Anlage 2)	30
5.4.2.5	Wirkungsgefüge	31
5.4.2.6	Risiken für die Umwelt	32
5.4.3	Auswirkungen auf Kultur- und sonstige Sachgüter/ Risiken für das kultur. Erbe	32
5.4.4	Wechselwirkungen	33
5.4.5	Kumulierung mit Auswirkungen anderer Vorhaben / benachbarter Plangebiete	33
5.4.6	Berücksichtigung fachgesetzlicher Vorschriften	33
5.4.6.1	Schutzgebiete i.S.d. BNatSchG / FFH-Gebiet (Natura 2000).....	33
5.4.6.2	Besonderer Artenschutz.....	33
5.4.7	Sonstige Belange des Umweltschutzes	34
5.5	MAßNAHMEN	35
5.5.1	Vermeidungsmaßnahmen bzgl. Natur und Landschaft	35
5.5.2	Abhandlung der Eingriffsregelung	35
5.5.3	Maßnahmen nach sonstigen umweltbezogenen Regelungen	39
5.5.3.1	Bodenschutzklausel - § 1a (2) Satz 1 und 2 BauGB	39
5.5.3.2	Kultur- und sonstige Sachgüter	39
5.6	AUSWIRKUNGEN I.S.D. § 1 ABS. 6 NR. 7, BUCHSTABE J	40
5.7	ANDERWEITIGE PLANUNGSMÖGLICHKEITEN (ALTERNATIVPRÜFUNG)	40
5.8	ZUSÄTZLICHE ANGABEN IM UMWELTBERICHT	40
5.8.1	Methodik	40
5.8.2	Überwachungsmaßnahmen (Monitoring)	41
5.8.3	Allgemeinverständliche Zusammenfassung.....	41
5.8.4	Referenzliste/Quellenverzeichnis	42
6	ABWÄGUNGSERGEBNIS	43
7	STÄDTEBAULICHE DATEN	44
8	VERFAHREN	44
ANLAGEN	44

1 Anlass und Ziel der Planung

1.1 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 23/II „Altes Wasserwerk – Teil II“, umfasst eine Fläche am Deverweg westlich der Wiro-Tankstelle. Nördlich des Plangebiets verläuft der Deverweg und weiter nördlich befindet sich der Deverpark. Südlich schließt ein Grundstück des Wasserverbandes Hümmling an, auf denen sich Speicherbecken befinden, und westlich beginnen die Flächen des Papenburger Stadtparks.

Das Plangebiet hat eine Größe von ca. 830 qm.

Die genaue Lage und Abgrenzung des Plangebietes ergibt sich aus der Planzeichnung.

1.2 Anlass und Erfordernis

Aufgrund des Ziels der Bundesregierung, bis 2045 eine Treibhausgasneutralität zu erreichen, wurde die Elektromobilität in den letzten Jahren in Deutschland weiterentwickelt. Aus diesem Grund ist es auch erforderlich, die Ladeinfrastruktur für diese Art der Mobilität stärker auszubauen. Die Vorhabenträgerin betreibt in Papenburg eine Tankstelle und hat sich dazu entschieden, auch für die E-Mobilität ein Angebot zu schaffen. Dieses zusätzliche Angebot soll in unmittelbarer Nachbarschaft zu der bestehenden Tankstelle am Deverweg entstehen.

Gemäß § 1 Abs. 5 BauGB sollen Bauleitpläne u.a. eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern.

Ziel dieser Bauleitplanung ist insbesondere die Versorgung mit Energie über ein Angebot an Ladestationen für strombetriebene PKW und Fahrräder. Gleichzeitig wird über die Förderung der E-Mobilität ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Zu diesem Zweck sollen im Plangebiet 11 Elektroladestationen für Pkw und weitere Ladestationen für E-bikes entstehen. Die Anbindung des Plangebiets erfolgt über die Zufahrt ausgehend von der angrenzenden Tankstelle.

Der Flächennutzungsplan stellt den Bereich als Grünfläche mit der Zweckbestimmung Parkanlage dar. Direkt angrenzend sind im Flächennutzungsplan gemischte Bauflächen dargestellt. Die Darstellungen auf der Flächennutzungsplansebene sind nicht parzellenscharf. Die angrenzende Ausweisung als gemischte Baufläche passt auch zur geplanten Nutzung im Plangebiet. Aus diesem Grund und weil die Grundkonzeption des Flächennutzungsplanes nicht

berührt wird (s. Punkt 3), wird der geplante Vorhabenbezogene Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

Für das Plangebiet ist bisher kein rechtskräftiger Bebauungsplan vorhanden. Zur Umsetzung des Vorhabens ist die Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplans vorgesehen. Die Vorhabenträgerin hat gem. § 12 Abs. 2 BauGB daher mit Datum vom 22.03.2022 die Aufstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes beantragt.

1.3 Städtebauliche Ziele

Neben der Berücksichtigung der allgemeinen Planungsgrundsätze gemäß § 1 Abs. 5 BauGB werden mit der vorliegenden Bauleitplanung insbesondere folgende Ziele verfolgt:

- Sicherung der Belange der Wirtschaft, auch ihrer mittelständischen Struktur im Interesse einer verbrauchernahen Versorgung der Bevölkerung insbesondere mit Energie.
- Berücksichtigung von Erfordernissen des Klimaschutzes durch weniger Ausstoß von CO².

2 Planungsvorgaben

2.1 Regionales Raumordnungsprogramm (RROP)

Im RROP 2010 für den Landkreis Emsland wurde die Stadt Papenburg als Mittelzentrum mit der Schwerpunktaufgabe Sicherung und Entwicklung von Wohnstätten und Arbeitsstätten sowie als Standort mit der besonderen Entwicklungsaufgabe Tourismus dargestellt. Außerdem wird im RROP 2010 das Planungsziel der Reduzierung von klimarelevanten Emissionen formuliert.

Das Plangebiet ist im RROP nicht besonders gekennzeichnet.

Mit der vorgesehenen Bauleitplanung wird ein Angebot für die Versorgung mit Energie für die E-Mobilität geschaffen und damit das Ziel der Reduzierung von klimarelevanten Emissionen unterstützt.

2.2 Derzeitige Darstellung im Flächennutzungsplan

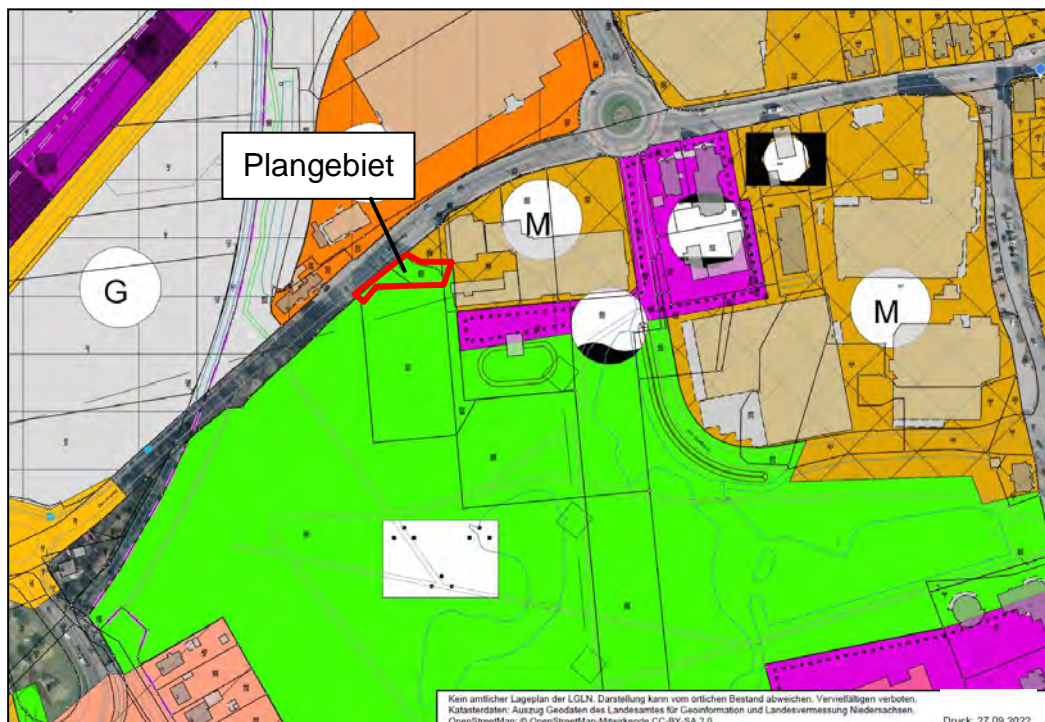
Gemäß § 8 Abs. 2 sind Bebauungspläne aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln.

Auch wenn im wirksamen Flächennutzungsplan eine Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“ dargestellt ist, wird eine Änderung des Flächennutzungsplans nicht für erforderlich gehalten.

Der Kommentar zum Baugesetzbuch Battis/Krautzberger/Löhr, 15. Auflage 2022, führt hierzu aus:

Da dem Flächennutzungsplan der Charakter eines Zweckprogramms beikommt, dessen zeichnerische Darstellungen einen überschießenden Genauigkeitsgrad entfalten ..., liegt es durchaus im Rahmen der möglichen Entwicklung eines Bebauungsplans aus den Darstellungen des Flächennutzungsplans, wenn dieser von den im Flächennutzungsplan gezogenen Grenzen der Darstellungen abweicht. Dies kann im Extremfall dazu führen, dass ein Bebauungsplan für seinen gesamten Geltungsbereich eine andere Nutzung festsetzt, als sie im Flächennutzungsplan vorgesehen ist (BVerwG BauR 1979, 206 (207 f.); BauR 2004, 1264 f.; OVG Koblenz 20. 1. 2016 – 8 C 10885.15.OVG, BauR 2016, 786 (788)). Voraussetzung für eine solche abweichende Konkretisierung ist allerdings, dass hierdurch die Grundkonzeption des Flächennutzungsplans nicht berührt wird.

Für das Plangebiet wäre also zu prüfen, ob durch die Überplanung des ca. 830 qm großen Grundstücks als Mischgebiet die Grundkonzeption des Flächennutzungsplanes berührt wird. Der Flächennutzungsplan stellt östlich angrenzend im Bereich der Tankstelle gemischte Bauflächen dar. Das Plangebiet ist als Grünfläche „Parkanlage“ ausgewiesen und damit der Fläche des Stadtparks zugeordnet, der großzügig als Grünfläche dargestellt ist. Mit der vorgesehenen Planung verschiebt sich die Grenze zwischen den gemischten Bauflächen und der Grünfläche „Parkanlage“ nur geringfügig in westliche Richtung. Somit kann festgestellt werden, dass die Grundkonzeption des Flächennutzungsplanes nicht berührt wird und der Bebauungsplan daher aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden kann. Eine Änderung des Flächennutzungsplanes ist daher nicht erforderlich.



Ausschnitt aus dem Flächennutzungsplan der Stadt Papenburg

2.3 Örtliche Gegebenheiten

Das Plangebiet grenzt direkt an den Deverweg (Rad- und Fußweg) und an die Zufahrt zur Tankstelle. Im Plangebiet befindet sich eine flache Mulde und im östlichen Plangebiet gibt es einen jungen Baumbestand. Im nördlichen Plangebiet direkt an der Zufahrt zur Tankstelle befinden sich zwei Trafogebäude. Die im Plangebiet vorhandene Preistafel der Tankstelle soll an dem Standort verbleiben.

Nördlich des Plangebiets und des Deverweges befindet sich das großflächige Einkaufszentrum „Deverpark“. Östlich grenzt das Plangebiet an die Tankstelle und einen Hotelbetrieb mit Einkaufszentrum und Wohnungen in den Obergeschossen, südlich befindet sich ein Grundstück des Wasserverbandes mit Wasserspeichern. Westlich des Plangebiets beginnt der Stadtpark, der sich in südöstliche Richtung fortsetzt.

3 Konzept zur Standortausweisung

Bei der vorliegenden Planung handelt es sich um eine Betriebserweiterung einer bestehenden Tankstelle mit Waschanlage und Hotelbetrieb. Mit dem Angebot einer E-Tankstelle soll der Betrieb für die Zukunft nachhaltig aufgestellt und der Standort gesichert werden. Da die Infrastruktur der bestehenden Tankstelle vor Ort bereits vorhanden ist, macht eine Erweiterung nur direkt angrenzend zum bestehenden Betrieb Sinn.

Aus diesem Grund soll das bereits bestehende Mischgebiet um das Plangebiet erweitert werden.

4 Inhalt des Planes

4.1 Art der baulichen Nutzung

Die konkrete Anordnung und Lage der baulichen Anlagen ergeben sich aus der Darstellung des Vorhabens in der Planzeichnung (Vorhaben und Erschließungsplan). Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich im Rahmen des Durchführungsvertrages zur Errichtung dieses Vorhabens innerhalb einer bestimmten Frist.

Die zeichnerischen und textlichen Festsetzungen geben den Rahmen an, der für die zukünftige Entwicklung möglich sein soll.

Das Plangebiet soll als Mischgebiet gemäß § 6 Baunutzungsverordnung (BauNVO) festgesetzt werden. Die Ausnutzungsziffern orientieren sich dabei an den Orientierungswerten für Obergrenzen des § 17 BauNVO: Es soll eine Grundflächenzahl von 0,6 festgesetzt werden.

Gemäß § 12 Abs. 3a BauGB kann die Stadt, wenn in einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan für den Bereich des Vorhaben- und Erschließungsplans ein Baugebiet auf der Grundlage der Baunutzungsverordnung unter Anwendung des § 9 Absatz 2 BauGB festgesetzt wurde, bestimmen, dass nur solche

Vorhaben zulässig sind, zu deren Durchführung sich die Vorhabenträgerin im Durchführungsvertrag verpflichtet hat.

Vorteil dieser Festsetzung ist eine gewisse Flexibilität in Bezug auf die Nutzungen im Rahmen der allgemeinen Festsetzung. Wenn sich diese im Planungs- oder Genehmigungsprozess ändern, kann der Durchführungsvertrag angepasst werden, ohne dass der Bebauungsplan geändert werden muss.

Ausschluss von Nutzungen

Gemäß § 6 (2) Nr. 8 bzw. § 6 (3) BauNVO sind Vergnügungsstätten, soweit sie nicht wegen ihrer Zweckbestimmung oder ihres Umfangs nur in Kerngebieten allgemein zulässig sind, auch in Mischgebieten, je nach dem konkreten Gebietscharakter, zulässig bzw. ausnahmsweise zulässig.

Wie bereits beschrieben, dient die vorliegende Planung der Erweiterung einer Tankstelle um eine E-Ladestation. Vergnügungsstätten sind im Vorhaben- und Erschließungsplan nicht vorgesehen und sollen aus diesem Grund gemäß § 1 Abs. 5 und 6 BauNVO nicht zulässig sein.

4.2 Maß der baulichen Nutzung

Grundflächenzahl

Als Grundflächenzahl (GRZ) wird der gemäß § 17 Abs. 3 BauNVO für Mischgebiete mögliche Höchstwert von 0,6 festgesetzt, um dem vorliegenden Bedarf an versiegelter Fläche gerecht zu werden.

Zahl der Vollgeschosse / Höhe der baulichen Anlagen

Gemäß § 16 (3) BauNVO ist es notwendig zur hinreichenden Konkretisierung das Maß der baulichen Nutzung dreidimensional zu bestimmen. Neben der Festsetzung der Grundflächenzahl ist daher die Höhe der baulichen Anlagen oder die Zahl der Vollgeschosse festzusetzen (vgl. Fickert/Fieseler, BauNVO, 13. Auflage, § 16 Rn 21).

Aufgrund der vorhabenbezogenen Planung (E-Ladestation) ist die Festsetzung einer Mehrgeschossigkeit im Plangebiet nicht erforderlich und städtebaulich auch nicht gewünscht. Aus diesem Grund wird lediglich eine maximale Eingeschossigkeit festgesetzt. Die maximale Höhe baulicher Anlagen soll 3 m entsprechen und ist damit ausreichend bemessen, um ggf. Stellplätze zu überdachen. Unterer Bezugspunkt für die Höhe ist die Oberkante der Fahrbahn des Deverweges in der Mitte vor dem jeweiligen Baukörper. Den oberen Bezugspunkt bildet die Oberkante der baulichen Anlage.

Mit den vorgenannten Festsetzungen ist das Maß der baulichen Nutzung gemäß § 16 (3) BauNVO dreidimensional und somit hinreichend konkret bestimmt.

4.3 Bauweise und Baugrenzen

Das Planungskonzept sieht keine Errichtung von Gebäuden vor. Trotzdem soll diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund wird ein überbaubarer Bereich festgesetzt. Die Baugrenzen orientieren sich dabei in etwa an der Lage der Stellplätze und Aufladestationen. Es wird eine offene Bauweise festgesetzt. Das heißt, bauliche Anlagen, die einen Grenzabstand einhalten müssen, sind mit Grenzabstand zu errichten.

4.4 Grünordnerische Festsetzung

Die grünordnerische Festsetzung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplans hat die Grundfunktion, Beeinträchtigungen von Arten und Lebensgemeinschaften sowie des Bodens zu minimieren und gleichzeitig die Eingriffe in den Naturhaushalt, zumindest teilweise im Plangebiet zu kompensieren bzw. auszugleichen.

Zu diesem Zweck wird am nördlichen Plangebietsrand im Bereich des Preispylons und der Trafogebäude und entlang der südlichen Plangebietsgrenze im Bereich der Fahrradstellanlagen eine Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern festgesetzt.

Diese Bereiche sollen mit bodendeckenden Gehölzen mit einer Endhöhe von 0,80 m bepflanzt und dauerhaft erhalten werden. Abgängige Pflanzen sind durch entsprechende Neuanpflanzungen zu ersetzen. Innerhalb der nördlichen festgesetzten Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind aufgrund der bestehenden Anlagen Versorgungs- und Werbeanlagen auf einer Fläche von maximal 20 m² zulässig.

Die im nördlichen Plangebiet entstehende Pflanzfläche ergänzt die entlang des Deverweges vorhandenen Pflanzstreifen zur Trennung der öffentlichen Verkehrsflächen von den privaten Stellplatzflächen. Die geplanten Anpflanzungen tragen zudem zu einer Kompensation der durch die Planung verursachten Eingriffe in den Naturhaushalt bei.

Eine weitere Einbindung in das Ortsbild des Plangebiets ist nicht erforderlich, da entlang der südlichen Geltungsbereichsgrenzen außerhalb des Plangebiets Gehölzbestand vorhanden ist.

4.5 Fahr- und Leitungsrecht

Der Wasserverband Hümmling hat im Zuge der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 4 (1) BauGB darauf hingewiesen, für den Verband im östlichen Plangebiet im Bereich seiner Trinkwasser-Druckerhöhungsanlage am Deverweg zur Versorgung des Stadtgebietes ein Leitungsrecht als beschränkt persönliche Dienstbarkeit eingetragen worden ist. Nordöstlich des Plangebiets besteht für den Verband zudem ein Wegerecht bis zu seinem Grundstück südlich des Plangebiets.

Da der Verband auch zukünftig eine Fläche zur Verlegung einer Trinkwasser-Druckrohrleitung sowie eine ausreichend dimensionierte Zufahrt zu seinem Grundstück südlich des Plangebiets benötigt, wird ihm im westlichen Plangebiet ein Fahr- und Leitungsrecht eingeräumt. Um dieses planungsrechtlich vorzubereiten, wird im Bebauungsplan eine entsprechende Fläche festgesetzt mit dem Hinweis, dass Innerhalb dieses Bereichs bauliche Anlagen und Anpflanzungen nicht zulässig sind. Eine rechtliche Absicherung des Fahr- und Leitungsrechts muss allerdings über eine Eintragung ins Grundbuch erfolgen. Im Bereich der neuen Zufahrt wird zudem die Zu- und Abfahrt im Bebauungsplan gekennzeichnet.

4.6 Erschließung, Ver- und Entsorgung

4.6.1 Verkehrserschließung

Die Stellplätze für PKW an den E-Ladestationen werden über die bestehende Zufahrt der Tankstelle und Waschstraße erschlossen. Die Zufahrt ausgehend vom Deverweg ist ausreichend bemessen, um den zusätzlichen PKW-Verkehr für die 11 Stellplätze aufzunehmen.

Die Fahrradstellplätze können direkt über den bestehenden Fuß- und Radweg angefahren werden.

4.6.2 Wasserwirtschaftliche Erschließung

a) Wasserversorgung

Die Versorgung des Plangebietes mit Trinkwasser in ausreichender Qualität kann durch den Wasserverband „Hümmling“ mit Sitz in Werlte gewährleistet werden.

b) Abwasserbeseitigung

Eine ordnungsgemäße Schmutzwasserbeseitigung ist durch den Anschluss an die Schmutzwasserkanalisation der Stadt Papenburg gewährleistet.

c) Oberflächenentwässerung

Bei der Oberflächenentwässerung sollen Auswirkungen der geplanten Flächenversiegelung auf den Grundwasserstand möglichst gering gehalten sowie eine Verschärfung der Abflusssituation vermieden werden.

Das als unbelastet geltende und nicht als Brauchwasser genutzte anfallende Oberflächenwasser muss auf den jeweiligen privaten Grundstücken gesammelt und gedrosselt dem nächsten Vorfluter zugeleitet werden. Im Rahmen der Anlagengenehmigung ist diesbezüglich ein Entwässerungsantrag für das Einleiten des Oberflächenwassers einzureichen.

Im Plangebiet befindet sich ein Muldenabschnitt parallel zum Deverweg, der nicht mehr erforderlich ist und daher zurückgebaut werden kann.

d) Brandschutz

Die für das Plangebiet erforderlichen Einrichtungen des Brandschutzes werden nach den einschlägigen technischen Regeln (Arbeitsblatt W 405 des DVGW) und in Absprache mit der örtlichen Feuerwehr erstellt.

4.6.3 Energieversorgung

Die Versorgung des Plangebietes mit der notwendigen Energie kann durch die Energieversorgung Weser-Ems (EWE) erfolgen. Gas- und Stromleitungen der EWE sind im angrenzenden Bereich und im Plangebiet vorhanden.

4.6.4 Abfallbeseitigung

Die Entsorgung der im Plangebiet anfallenden Abfälle erfolgt entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen sowie der jeweils gültigen Satzungen zur Abfallentsorgung des Landkreises Emsland. Träger der öffentlichen Abfallentsorgung ist der Landkreis Emsland. Die Beseitigung der festen Abfallstoffe ist damit gewährleistet.

Eventuell anfallender Sonderabfall ist einer den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Entsorgung zuzuführen.

4.6.5 Telekommunikation

Die Versorgung mit Telekommunikationsanlagen kann durch die Deutsche Telekom Technik GmbH erfolgen.

gez. Gattung

L.s

13.10.2023

5 Umweltbericht

5.1 Einleitung

5.1.1 Kurzdarstellung des Planinhaltes

Entsprechend den Ausführungen in Kap. 1.2 und 3 dient die vorliegende Planung der Erweiterung einer Tankstelle um eine E-Ladestation für PKW und Fahrräder. Aufgrund des Ziels der Bundesregierung, bis 2045 eine Treibhausgasneutralität zu erreichen, wurde die Elektromobilität in den letzten Jahren in Deutschland weiterentwickelt. Aus diesem Grund ist es auch erforderlich, die Ladeinfrastruktur für diese Art der Mobilität stärker auszubauen. Die Vorhabenträgerin betreibt in Papenburg eine Tankstelle und hat sich dazu entschieden, auch für die E-Mobilität ein Angebot zu schaffen. Dieses zusätzliche Angebot soll in unmittelbarer Nachbarschaft zu der bestehenden Tankstelle am Deverweg entstehen.

Der wesentliche Planinhalt ist in Kap. 4 dargestellt. Auf die Umwelt sind dabei insbesondere folgende Auswirkungen möglich:

Durch die geplanten Nutzungen wird bei einer festgesetzten Grundflächenzahl (GRZ) von 0,6 mit Überschreitungsmöglichkeiten bis 0,8 im Mischgebiet eine Grundfläche von ca. 662 qm in Anspruch genommen. Durch die geplante Bebauung und Bodenversiegelung können insbesondere auf die Schutzgüter Wasser, Boden, Pflanzen und Tiere erhebliche Auswirkungen entstehen. Auf das Schutzgut Mensch sind mögliche Umwelteinwirkungen im Sinne des § 2 Abs. 4 BauGB durch Immissionseinträge zu betrachten.

Hinsichtlich der Höhenentwicklung soll im geplanten Mischgebiet eine maximal eingeschossige Bebauung ermöglicht werden. Damit nehmen sich die Festsetzungen in der Höhenentwicklung zur vorherrschenden Bebauung entlang des Deverweges zurück. Damit sind durch die vorliegende Planung erhebliche Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild nicht zu erwarten.

5.1.2 Ziele des Umweltschutzes

5.1.2.1 Fachgesetze / Rahmenbedingungen

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

§ 1 BNatSchG nennt die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Danach sind Natur und Landschaft so zu schützen, dass die biologische Vielfalt, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind. Der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft.

In der Bauleitplanung werden diese Ziele u.a. durch die Anwendung des § 14 (Eingriffe in Natur und Landschaft), des § 15 (Verursacherpflichten, Unzulässigkeit von Eingriffen) und des § 18 (Verhältnis zum Baurecht) berücksichtigt.

Artenschutzrechtliche Bestimmungen des BNatSchG

Die relevanten speziellen artenschutzrechtlichen Verbote der nationalen Gesetzgebung sind in § 44 Abs. 1 BNatSchG formuliert. Hiernach ist es verboten:

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG gelten unter bestimmten Voraussetzungen Einschränkungen der speziellen artenschutzrechtlichen Verbote:

Für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, gelten für die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote folgende Maßgaben: Sind in Anhang IVa der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IVb der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten diese Maßgaben entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz oder Vermarktungsverbote vor.

Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG)

Das NAGBNatSchG bezieht sich zum Schutz der wild lebenden Tier- und Pflanzenarten, ihrer Lebensstätten und Biotope auf das BNatSchG.

Die rechtlichen Grundlagen zum Schutz wildlebender Tier- und Pflanzenarten sind in den §§ 38 (zum allgemeinen Arten-, Lebensstätten- und Biotopschutz), § 39 (allgemeiner Schutz wild lebender Tiere und Pflanzen) und § 44 (besonders geschützte und bestimmte andere Tier- und Pflanzenarten) des BNatSchG festgelegt. Danach ist es verboten, ohne vernünftigen Grund Lebensstätten wild lebender Tier- und Pflanzenarten zu zerstören oder sonst erheblich zu beeinträchtigen oder wild lebende Tiere mutwillig zu beunruhigen, zu fangen, zu verletzen oder zu töten.

Die Naturschutzbehörde führt ein Verzeichnis der im Sinne der §§ 23 bis 26 und §§ 28 bis 30 BNatSchG geschützten Teile von Natur und Landschaft, einschließlich der Wallhecken im Sinne von § 22 Abs. 3 Satz 1 NAGBNatSchG, der Flächen im Sinne von § 22 Abs. 4 Satz 1 und der gesetzlich geschützten Biotope im Sinne des § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG sowie der Natura 2000-Gebiete in ihrem Bereich.

Das Plangebiet ist nicht als schutzwürdiger oder nach dem BNatSchG geschützter Bereich gekennzeichnet.

Landschaftsrahmenplan (LRP) nach § 10 BNatSchG

Im Landschaftsrahmenplan werden gem. § 10 BNatSchG die überörtlichen konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege für Teile des Landes dargestellt. Dabei sind die Ziele der Raumordnung zu beachten sowie die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen. Landschaftsrahmenpläne sind für alle Teile des Landes aufzustellen. Gemäß § 3 NAGBNatSchG ist die Naturschutzbehörde für die Aufstellung des Landschaftsrahmenplanes zuständig.

Im Landschaftsrahmenplan (LRP) des Landkreises Emsland (2001) ist die Plangebietsfläche im Zusammenhang mit den unmittelbar westlich und südlich angrenzenden Flächen als Wald und damit als Integrationsfläche 1. Priorität dargestellt.

Waldflächen sollen in Anlehnung an das Programm der langfristigen ökologischen Waldentwicklung in den Landesforsten (LÖWE), dem Waldprogramm-Niedersachsen (1999) und den Ausführungen des Deutschen Forstwirtschaftsrates (1995) entwickelt werden.

Naturschutzrechtliche Vorgaben sowie schutzwürdige Bereiche sind für das Plangebiet nicht ausgewiesen.

Die Aussagen des LRP werden im Rahmen der vorliegenden Planung berücksichtigt.

Landschaftsplan (LP) nach § 11 BNatSchG

Der Landschaftsplan soll die Zielsetzungen des LRP konkretisieren und Konflikte zwischen der Bauleitplanung und der Landschaftsplanung benennen und bewerten. Als eigenständige Planung dient er dazu, die für die Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege erforderlichen Maßnahmen zu formulieren.

In der Darstellung der Karte 10 des Landschaftsplanes der Stadt Papenburg „Hinweise zu den Entwicklungsabsichten der Stadt“ ist der Plangebietsbereich im Bereich des Stadtparks als Entwicklung von Wald-, Erholungs- und Freiflächen gekennzeichnet.

FFH- und Vogelschutzgebiete

Das Plangebiet liegt nicht innerhalb oder angrenzend zu einem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiet) oder einem EU-Vogelschutzgebiet. Auswirkungen auf die Erhaltungsziele und Schutzzwecke solcher Gebiete sind daher nicht vorhanden. Eine Überprüfung der Verträglichkeit gemäß § 34 (1) BNatSchG ist somit nicht erforderlich.

Bundesimmissionsschutzgesetz

Nach § 50 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf ausschließlich oder überwiegend dem Wohnen dienende Gebiete sowie auf sonstige schutzbedürftige Gebiete soweit wie möglich vermieden werden.

Lärmimmissionen

Maßgeblich für die Bewertung der Lärmbelastung in der Bauleitplanung ist die DIN 18005-1 „Schallschutz im Städtebau“ (Stand: Juli 2002). Im Beiblatt 1 der DIN 18005-1 sind, bezogen auf Gewerbe- und Verkehrslärm, Orientierungswerte genannt, die bei der Planung anzustreben sind.

Orientierungswerte der DIN 18005			
	Gewerbegebiet	Mischgebiet	Allgemeines Wohngebiet
tags	65 dB (A)	60 dB (A)	55 dB (A)
Nachts (Verkehr / Gewerbe)	55 / 50 dB (A)	50 / 45 dB (A)	45 / 40 dB (A)

Die schalltechnischen Orientierungswerte der DIN 18005-1 sind nicht als Grenzwerte definiert.

Bezogen auf Anlagen i.S.d. BImSchG entsprechen die Orientierungswerte der DIN 18005-1 den Richtwerten in der technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA-Lärm).

Die für Verkehr anzustrebenden Orientierungswerte können in belasteten Bereichen, insbesondere bei vorhandener Bebauung und bestehenden Verkehrswegen, oft nicht eingehalten werden. Die genannten Orientierungswerte sind daher im Rahmen der Bauleitplanung einer Abwägung zugänglich.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 18.12.1990 ausgeführt, dass eine Überschreitung der Orientierungswerte um bis zu 5 dB das Ergebnis einer gerechten Abwägung sein kann. Die technischen Regelwerke – auch die DIN 18005 – enthalten regelmäßig Abstufungen von 5 dB (A) zwischen den jeweils nächst schutzwürdigen Gebietskategorien.

Hinsichtlich des Verkehrslärms wird der Abwägungsspielraum auch durch die neuere 16. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetz (Verkehrslärmschutzverordnung - 16. BImSchV vom 12.06.1990) näher definiert. Für den Neubau oder die wesentliche Änderung von Verkehrswegen sind dort Immissionsgrenzwerte (IGW) genannt.

Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV für Verkehr			
	Gewerbegebiet	Mischgebiet	Allgemeines Wohngebiet
tags	69 dB (A)	64 dB (A)	59 dB (A)
Nachts	59 dB (A)	54 dB (A)	49 dB (A)

In der Verkehrslärmschutzverordnung werden im Sinne der Verordnung Maßnahmen erforderlich, wenn die jeweiligen maßgeblichen Immissionsgrenzwerte (IGW) überschritten werden.

Sonstige Immissionen

Schädliche Umwelteinwirkungen wie z.B. Geruch, Lärm, Luftverunreinigungen, Erschütterungen, Licht und Wärme, sind zu berücksichtigen, wenn sie gemäß § 3 Abs. 1 BImSchG nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen.

Sind bezüglich der Luftqualität maßgebliche Werte, insbesondere die der 39. BImSchV, überschritten, sind Luftreinhaltepläne zu erstellen. In Gebieten, in denen kein Luftreinhalteplan erstellt wurde oder erforderlich ist, ist der Erhalt der bestmöglichen Luftqualität als Belang zu berücksichtigen (§1a (6) Nr. 7 h BauGB).

5.2 Bestandsaufnahme

Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands, einschließlich der Umweltmerkmale der Gebiete, die voraussichtlich erheblich beeinflusst werden

5.2.1 Beschreibung der bestehenden Nutzungsstruktur (Schutzgut Mensch)

5.2.1.1 Wohn- und Arbeitsumfeld / Schutzbedürftigkeit

Das Plangebiet ist bis auf zwei Trafostationen und einem Werbepylon unbebaut und stellt sich überwiegend als mit Gehölzen bestandene Grünfläche dar.

Im nordwestlichen Plangebiet befindet sich entlang des Fuß- und Radweges ein Muldenabschnitt parallel zum Deverweg, der nicht mehr erforderlich ist und daher zurückgebaut werden soll.

Nördlich des Plangebiets und des Deverweges befindet sich das großflächige Einkaufszentrum „Deverpark“ im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 „Dever-Park“. Westlich des Deverweges und des Plangebietes ist im planungsrechtlichen Innenbereich (gemäß § 34 BauGB) eine Pension vorhanden.

Östlich grenzt das Plangebiet an eine Tankstelle mit Waschstraße und einen Hotelbetrieb mit Einkaufszentrum. Im Obergeschoss des Gebäudekomplexes befinden sich zudem Wohnungen. In diesem Bereich ist der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 23 „Altes Wasserwerk“ rechtskräftig.

Südlich des Plangebiets befindet sich ein Grundstück des Wasserverbandes mit Wasserspeichern. Westlich des Plangebiets beginnt der Stadtpark, der sich in südöstliche Richtung fortsetzt.

5.2.1.2 Immissionssituation

Verkehrsimmissionen

Entlang des Plangebietes verläuft der stark befahrene Deverweg.

Mit der vorliegenden Planung soll in unmittelbarer Nähe ein Mischgebiet ausgewiesen werden, in dem eine E-Ladestation für PKW und Fahrräder geplant ist. Die vorgesehene Nutzung ist über den Vorhaben- und Erschließungsplan und den abzuschließenden Durchführungsvertrag verbindlich festgelegt, Wohnnutzungen sind nicht vorgesehen. Bei der Planung handelt es sich um eine Erweiterung der angrenzenden bestehenden Nutzung (Tankstelle, Gewerbe, Wohnen), die sich im angrenzend festgesetzten Mischgebiet befindet.

Gewerbliche Immissionen

Im näheren Umfeld des Plangebietes befinden sich eine Tankstelle, eine Waschanlage und Stellplatzflächen innerhalb eines Planungsrechtlich abgesicherten Bereichs.

Die Tankstelle und die Waschanlage werden durch das vorliegende Projekt (Errichtung einer E-Ladestation) erweitert.

Zusätzliche Emissionen durch die E-Ladestation, die sich unzumutbar auf die Nachbarschaft auswirken, sind jedoch nicht zu erwarten.

Sonstige Immissionen

Sonstige Anlagen, deren Auswirkungen oder deren Belange zu beachten sind, sind nicht vorhanden. Es sind im Plangebiet daher keine Beeinträchtigungen im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 7 c BauGB, die von potenziell störenden Anlagen ausgehen könnten, zu erwarten.

5.2.1.3 Erholungsfunktion

Südlich des Plangebiets befindet sich eine Fläche des Wasserverbandes, auf dem Wasserspeicher untergebracht sind. Daran schließt sich südlich die Fläche des Stadtparks an, der eine hohe Bedeutung für die Erholungsfunktion hat. Die Fläche des Wasserverbandes bildet allerdings einen Puffer zwischen dem Plangebiet und dem Stadtpark, so dass unzumutbare Auswirkungen durch das Plangebiet auf die Erholungsfunktion des Stadtparks nicht zu erwarten sind.

Das Plangebiet selbst hat aufgrund der Nähe zum Deverweg keine besondere Bedeutung für die Erholung.

5.2.2 Beschreibung von Natur und Landschaft

5.2.2.1 Naturraum

Das Plangebiet liegt im Naturraum **Papenburger Sand- und Moorgebiet**, das zur naturräumlichen Haupteinheit der **Hunte-Leda-Moorniederung** gehört.

Zwischen dem flachen Rücken der Oberledinger Geest im Norden und den Aschendorfer Talsanden im Süden erstreckt sich am Rande des Emstaales das Papenburger Sand- und Moorgebiet. Dieses setzt sich aus Hochmooren, die von dem großen Moorgebiet der Hunte-Leda-Niederung z.T. bis zum Emstalarand vorstoßen, Dünenfeldern, breiten flachmoorerfüllten Niederungen und kleinen, am Rande des Emstaales gelegenen Geestinseln, die Reste der Rheiderländisch-Oberledinger Stauchmoräne und der dazugehörigen Sander darstellen, zusammen. Die Hochmoore sind fast gänzlich abgetorft, kultiviert und von Acker- und Grünland überzogen. Auf den ehemals verheideten Sanden finden sich vereinzelt Kiefernforsten, sonst Ackerland. Die Geestinseln sind von meist auf alten Eschböden gelegenen Äckern überzogen, welche die wenigen älteren Dörfer des Gebietes umgeben. Heutiges Siedlungszentrum des

Raumes ist die alte Moorsiedlung Papenburg, die 1630 nach holländischem Vorbild als Fehnsiedlung angelegt wurde und im Laufe der Jahrhunderte mit einem weit verzweigten Kanalnetz in das Moor hineinwuchs. Die Stadt war außerdem nach dem Bau eines Kanals zur Ems lange Zeit hindurch von Bedeutung als „Seestadt“ mit zahlreichen Schiffswerften und Reedereien. Das Gebiet neigt zur Nebelbildung.

(Quelle: Sophie Meisel: Geographische Landesaufnahme M 1 : 200.000, Naturräumliche Gliederung Deutschlands; Die naturräumlichen Einheiten auf Blatt 54/55, Oldenburg / Emden, 1962)

5.2.2.2 Landschaftsbild

Das Plangebiet befindet sich am westlichen Rand der Ortslage von Papenburg südlich des Deverweges. Im Plangebiet selbst ist ein Feldgehölz aus jungen Stieleichenbäumen vorhanden. Entlang des Deverweges befinden sich ein flacher Graben und zwei Trafostationen sowie ein Werbe- und Preispylon der angrenzenden Tankstelle.

Das Landschaftsbild im Bereich des Plangebiets wird vornehmlich geprägt durch die Gehölze des westlich des Geltungsbereichs beginnenden Stadtparks, den großflächigen Einkaufstandort nördlich des Deverweges mit dem Deverpark und der nordöstlich an das Plangebiet angrenzenden Tankstelle mit mehrgeschossigem Hotelgebäude. Östlich der Tankstelle schließen sich Einzelhandelsbetriebe und gemischte Nutzungen an und bilden den Übergang zum kleinteiligen Versorgungsbereich der Stadt Papenburg entlang des Hauptkanals. Das Plangebiet ist somit nördlich und östlich weiträumig von Bebauung umgeben.

Ca. 60 m westlich des Plangebiets verläuft die Aschendorfer Dever von Süd nach Nord und wird von einem Gehölzgürtel flankiert.

5.2.2.3 Boden / Wasserhaushalt / Altlasten

a) Boden

Laut des Niedersächsischen Bodeninformationssystems NIBIS® (Bodenkarte von Niedersachsen 1 : 50.000) ist im Bereich des Plangebietes als Bodentyp ein mittlerer Gley-Podsol anzusprechen.

Der Gley-Podsol zeichnet sich aus durch ein geringes bis mittleres Ertragspotential, ein geringes bis mittleres Wasser- und Nährstoffspeichervermögen, eine gute Durchlüftung und Wasserdurchlässigkeit im Oberboden, eine geringe bis mittlere Pufferkapazität und eine Auswaschungsgefährdung gegenüber Nähr- und Schadstoffen. Der Boden ist wenig verdichtungsempfindlich aber durch Winderosion gefährdet.

Quelle: www.lbeg.niedersachsen.de

b) Wasserhaushalt

Innerhalb des Plangebiets befinden sich keine natürlich entstandenen Oberflächengewässer. Im Plangebiet verläuft in Ost-West-Richtung eine Entwässerungsmulde, die bei der Bestandsaufnahme (August 2022) kein Wasser führte.

Gemäß Kartenserver des LBEG (Hydrogeologische Karte von Niedersachsen 1 : 50.000) liegt im Bereich des Plangebietes eine Grundwasserneubildungsrate von 50 - 100 mm im Jahr vor. Das Schutzzpotential gilt aufgrund der Beschaffenheit der anstehenden Gesteine und ihrer Mächtigkeit im Hinblick auf ihr Vermögen, den oberen Grundwasserleiter vor der Befrachtung mit potenziellen Schadstoffen zu schützen, als „gering“. Das Grundwasser gilt dort als gut geschützt, wo gering durchlässige Deckschichten über dem Grundwasser die Versickerung behindern und wo große Flurabstände zwischen Gelände und Grundwasseroberfläche eine lange Verweilzeit begünstigen.

Beim Schutzgut Wasser ist kein besonderer Schutzbedarf gegeben, da die Grundwasserneubildungsrate im langjährigen Mittel unter 200 mm/a liegt.

Quelle: www.lbeg.niedersachsen.de

c) Altlasten

Der Stadt Papenburg liegen zurzeit keine Hinweise oder Erkenntnisse vor, dass sich im Plangebiet Böden befinden, die erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind.

5.2.2.4 Klima / Luft

Das Plangebiet liegt klimatisch in der maritimen Flachlandregion und ist der grundwassernahen, ebenen Geest zuzuordnen. Mittlere Jahresniederschläge von durchschnittlich 650 - 800 mm sind zu erwarten. Die relative Luftfeuchte liegt im Mittel bei 83%. Die durchschnittliche Jahrestemperatur ist etwa 8.5°C, bei mittleren Jahrestemperaturschwankungen von 15.8°C.

Die klimatische Wasserbilanz weist einen Überschuss von 300 - 400 mm im Jahr auf, wobei ein geringes bis sehr geringes Defizit im Sommerhalbjahr besteht. Die mittlere Vegetationszeit von etwa 225 Tagen ist relativ lang.

(Quelle: Karten des Naturraumpotenzials von Niedersachsen und Bremen; Bodenkundliche Standortkarte, M. 1 : 200.000, Blatt Oldenburg, 1977)

Im Emsland herrschen westliche Winde vor. Im Herbst und Winter überwiegt eine südwestliche und im Frühjahr und Sommer eine westliche bis nordwestliche Windrichtung.

Die Luftqualität gilt im Emsland als vergleichsweise gut bzw. unterscheidet sich wenig von anderen ländlichen Gebieten in Niedersachsen. Lokal erzeugte Emissionen erreichen die Grenzwerte (nach Technischer Anleitung zur Reinhaltung der Luft) auch nicht annähernd. Kleinräumige Belastungen durch vielbefahrene Straßen oder hohe Tierkonzentrationen können aber vorkommen.

(Quelle: Landschaftsrahmenplan Landkreis Emsland, 2001)

5.2.2.5 Arten und Lebensgemeinschaften

Heutige potenziell natürliche Vegetation (PNV)

Nach der Karte der potenziell natürlichen Vegetationslandschaften Niedersachsens auf der Grundlage der Bodenübersichtskarte (1:50.000) würde sich das Plangebiet bei einer vom Menschen unbeeinflussten Entwicklung zu einem Drahtschmielen-Buchenwald des Tieflandes entwickeln.

Als Baumarten der Sukzessionsphasen oder Begleiter der von der Rotbuche dominierten Schlussgesellschaft kämen Hängebirke, Zitterpappel, Stieleiche, Traubeneiche und Eberesche natürlicherweise im Plangebiet vor.

(Quelle: Heutige potenzielle natürliche Vegetationslandschaften Niedersachsens auf Basis der Bodenkundlichen Übersichtskarte 1 : 50.000, Inform.d. Naturschutz Niedersachsen 2003)

Biotoptypen

Die Bestandsaufnahme erfolgte im August 2022 auf Grundlage des Kartierschlüssels für Biotoptypen in Niedersachsen (Drachenfels, 2021). Der jeweilige Biotopcode ist analog dem Kartierschlüssel.

Naturnahes Feldgehölz (HN)

Der überwiegende Teil der Plangebietsfläche stellt sich als naturnahes Feldgehölz dar. Dieses setzt sich im Wesentlichen aus jungen Stieleichenbäumen zusammen. Der Bestand stellt sich weitestgehend ohne Strauchschicht dar. Die Krautschicht wird von einer grasreichen Vegetationsdecke gebildet. Das Feldgehölz wird gemäß dem Städtetagmodell mit dem **Wertfaktor WF 3** bewertet.

Halbruderale Gras- und Staudenflur mit Entwässerungsmulde (UHM)

Die Fläche nordwestlich des Feldgehölzes stellt sich als Grünfläche dar, die von einer grasreichen Vegetation dominiert wird, in der aber auch einige krautige Pflanzenarten vorkommen. Als Straßenseitenraum und damit als stark anthropogen genutzter Bereich wird diese Fläche dem **Wertfaktor 1 WF** zugeordnet.

Befestigte Fläche mit Trafostationen

Die versiegelte Fläche wird gemäß dem Städtetagmodell mit dem **Wertfaktor WF 0** bewertet.

Fauna (Artenschutz)

Die Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes zum speziellen Artenschutz unterscheiden zwischen besonders geschützten Arten und streng geschützten Arten, wobei alle streng geschützten Arten zugleich zu den besonders geschützten Arten zählen (d.h. die streng geschützten Arten sind eine Teilmenge der besonders geschützten Arten).

Welche Arten zu den besonders geschützten Arten bzw. den streng geschützten Arten zu rechnen sind, ist in § 7 Abs. 2 Nrn. 13 und 14 BNatSchG geregelt:

- besonders geschützte Arten:

- a) Tier- und Pflanzenarten, die in Anhang A oder Anhang B der Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wildlebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (Abl. L 61 vom 3.3.1997, S. 1, L 100 vom 17.4.1997, S. 72, L 298 vom 1.11.1997, S. 70, L 113 vom 27.4.2006, S. 26), die zuletzt durch die Verordnung (EG) Nr. 318 / 2008 (Abl. L 95 vom 8.4.2008, S. 3) geändert worden ist, aufgeführt sind,

- b) Nicht unter Buchstabe a fallende

- aa) Tier- und Pflanzenarten, die in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführt sind,

- bb) europäische Vogelarten,

- c) Tier- und Pflanzenarten, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 aufgeführt sind;

- streng geschützte Arten:

- besonders geschützte Arten, die

- a) in Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 338/97,

- b) in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG,

- c) in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 2 aufgeführt sind;

Den europäischen Vogelarten – das sind alle einheimischen Vogelarten – kommt im Schutzregime des § 44 Abs. 1 BNatSchG eine Sonderstellung zu: Gemäß den Begriffsbestimmungen zählen sie zu den besonders geschützten Arten, hinsichtlich der Verbotstatbestände sind sie jedoch den streng geschützten Arten gleichgestellt. Weiterhin sind einzelne europäische Vogelarten über die Bundesartenschutzverordnung oder Anhang A der EG-Verordnung 338/97 als streng geschützte Arten definiert.

- Ausnahme- und Befreiungsmöglichkeiten

Gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG können im Einzelfall von den nach Landesrecht zuständigen Behörden weitere Ausnahmen von den Verboten des § 44 Abs. 1 BNatSchG zugelassen werden. Dies ist u. a. aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art möglich.

Eine Ausnahme darf jedoch nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert, soweit nicht Artikel 16 Abs. 1 der Richtlinie 92/43/EWG weitergehende Anforderungen enthält.

Situation im Plangebiet

Die Bedeutung des Plangebiets für die Fauna wurde im Rahmen einer artenschutzrechtlichen Potenzialabschätzung, die die Artengruppen der Brutvögel und der Fledermäuse betrachtet, dargestellt. Diese artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung ist als Anlage der vorliegenden Begründung beigelegt (Anlage 2).

Brutvögel

Die auf der Vorhabenfläche wachsenden Gehölze sind durchweg relativ jung und von geringem bis maximal mittlerem Stammholz bis etwa 30 cm Brusthöhendurchmesser. Es wurden keine Höhlen oder Rindentaschen als für Höhlenbrüter geeignete Niststruktur gefunden. Der Boden der Vorhabenfläche zeigt neben den Gehölzen keinerlei Krautschicht oder Unterholz. Ein spärlicher Rasen und Moosbewuchs ist zudem durch Überwegung durch Passanten zum Teil bis auf den offenen Erdboden reduziert, wodurch die Fläche auch als Nahrungshabitat zumindest am Boden nur geringe Eignung aufweist. Die Nähe zur Straße und zu Wohn- wie gewerblicher Bebauung bedeutet einen geringen Wert der Fläche für Arten, die nicht an menschliche Nähe und Lärm als Störfaktoren angepasst sind. Gehölzbrütende Vogelarten, die als Kulturfolger trotz solcherart Störung siedlungsnah Habitats besiedeln, finden im Geäst der Bäume potenzielle Niststätten und Lebensräume. Eine auffällige Ansammlung von Vogelkot am Boden deutet darauf hin, dass die Gehölze als Schlafbäume von Dohlen, Rabenkrähen oder ähnlichen in Gruppen ruhenden Vögeln genutzt wird.

Im Ergebnis der Begehung und Potentialabschätzung sind Brutvögel potenziell von den Wirkungen des Vorhabens betroffen. Daher wird betrachtet, inwiefern das Vorhaben Verbote nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 i.V.m. 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG auf die prüfungsrelevanten Arten auslösen kann.

Gegenstand der artenschutzrechtlichen Betrachtung sind im Rahmen der Potenzialanalyse alle europäischen (wildlebenden, heimischen) Vogelarten.

Da bei euryöken, landes- und bundesweit ungefährdeten, wenig Störungsanfälligen und ubiquitären Arten wie z.B. Amsel, Buchfink, Blaumeise oder Zilpzalp keine populationsrelevanten Beeinträchtigungen zu erwarten sind, ist es in der Planungspraxis üblich, diese Arten nur im Hinblick auf § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1 (Tötung) und § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 3 (Verlust von Lebensstätten) in der artenschutzrechtlichen Prüfung weiter zu betrachten. In Bezug auf § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 2 (Störung) finden Auswirkungen auf diese sogenannten Allerweltsarten über den flächenbezogenen Biotoptypenansatz der Eingriffsregelung (einschließlich Vermeidung und Kompensation) hinreichend Berücksichtigung.

Auch der Verlust von Lebensstätten im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG kann vorab nicht ausgeschlossen werden. Dieser Punkt wird allerdings erst dann einschlägig, wenn eine „hinreichend hohe Wahrscheinlichkeit“ besteht, dass die Art an ihre Ruhe oder Vermehrungsstätte zurückkehrt. Innerhalb der

Vorhabenfläche sind bis auf die Dohlen/Rabenkrähen keine Arten zu erwarten, bei denen eine hinreichend hohe Wahrscheinlichkeit gegeben ist, dass die Art an ihre Ruhe oder Vermehrungsstätte zurückkehrt. Letztere werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zum jetzigen Zeitpunkt schon die in unmittelbarer Nähe verbleibenden Gehölze des Stadtparks als Schlafbäume nutzen und durch die Entfernung der Bäume auf der Vorhabenfläche einen Lebensstättenverlust in unerheblichem Maße erfahren.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) ist unter Einbeziehung von Vermeidungsmaßnahmen näher zu betrachten.

Betrachtungsrelevant sind Verluste von Elterntieren, Eiern oder nicht flüggen Jungvögeln während der Baufeldräumung innerhalb des Baumbestandes, wenn diese während der Brutzeit der vorkommenden Vogelarten durchgeführt werden. Durch eine Bauzeitenbeschränkung und/oder ökologische Baubegleitung lassen sich Tötungen vermeiden.

Zur Vermeidung der Erfüllung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) werden folgende Maßnahmen notwendig:

- Die erforderliche Baufeldräumung und Gehölzentfernung hat außerhalb des Zeitraumes vom 1. März bis zum 30. September (Allgemeiner Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen gem. § 39 BNatSchG) zu erfolgen (Bauzeitenbeschränkung).
- Erfolgen die Baufeldräumung; Rückbau und Gehölzentfernung während der Brutzeit, hat vor Beginn der Arbeiten zur Vermeidung der Erfüllung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) für potenziell brütende Vogelarten eine Überprüfung auf Nester bzw. nistende Brutvögel im Vorhabenbereich durch eine ökologische Baubegleitung zu erfolgen.

Fledermäuse

Die Vorhabenfläche weist eine geringe allgemeine Eignung als Jagdhabitat für die in Siedlungsbereichen verbreiteten Fledermausarten auf. Ein überdurchschnittliches Aufkommen von Beuteinsekten ist aufgrund der gering ausgeprägten Krautschicht, der von Passanten frequentiert begangenen und daher verdichteten Fläche und keiner unmittelbaren Nähe zu Gewässern nicht zu erwarten. Potenzielle Quartierstrukturen wie Spechthöhlen, Astausfaltungen oder Rindentaschen ließen sich innerhalb des Baumbestands auf der Vorhabenfläche nicht nachweisen. Für solcherart Strukturen ist der Baumbestand überwiegend zu jung und vital. Sofern Spechte nicht die Vorarbeit geleistet haben, sind in Gehölzen mit geringem Stammdurchmesser durch Astabbrüche meist noch keine geeigneten Ausfaltungshöhlen entwickelt.

Im Ergebnis der Begehung und Potentialabschätzung sind Fledermäuse potenziell von den Wirkungen des Vorhabens betroffen. Im Folgenden wird be-

trachtet, inwiefern die Vorhabenwirkungen Verbote nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 i.V.m. 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG auf die prüfungsrelevanten Arten auslösen können.

Die Eignung der Vorhabenfläche als Fledermauslebensraum erstreckt sich auf Jagdaktivitäten von geringer Bedeutung entlang der Gehölze. Die zu erwartenden Arten sind als Kulturfolger vergleichsweise unempfindlich gegenüber anthropogenen Störungen. Eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne der Eingriffsregelung für die zu erwartenden Fledermausarten stellt die für das geplante Vorhaben notwendige Fällung der Gehölze nicht dar, da der Baumbestand ohne Quartierpotenzial ist und Tötungen in Bezug auf die Vorhabenwirkungen nur im Bereich von Quartieren geschehen können. Ein Verbotstatbestand der Tötung nach § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1. ist daher auszuschließen. Ein Verlust von Lebensstätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist auszuschließen, da die Vorhabenfläche über eine zu erwartende allgemeine Flugaktivität als Jagdgebiet keine hervorzuhebende Eignung aufweist. Eine Störung im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG von nächtlich jagenden Fledermäusen kann ausgeschlossen werden, da Schall- und Lichtimmissionen durch die, auf der Vorhabenfläche geplante Struktur im Umfeld der Vorhabenfläche als Vorbelastung und Gewöhnungsfaktor bereits vorliegen.

5.2.3 Kultur- und sonstige Sachgüter

Der Stadt sind innerhalb des Plangebietes sowie in der näheren Umgebung keine baulichen Anlagen, die dem Denkmalschutz unterliegen oder Bodendenkmale darstellen, bekannt. Es sind keine sonstigen wertvollen Kultur- oder Sachgüter vorhanden.

5.3 Nullvariante

Bei Nichtdurchführung der Planung würde die derzeitige Nutzung im Plangebiet (Gehölzfläche, Standort für Trafostationen und Werbepylon)) fortgeführt.

Das Niederschlagswasser könnte den natürlichen Bodenverhältnissen entsprechend, versickern. Das bestehende Wirkungsgefüge der Schutzgüter von Natur und Landschaft untereinander würde bestehen bleiben. Das Landschaftsbild mit seiner derzeitigen Gehölzstruktur bliebe erhalten.

5.4 Prognose

Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung (Auswirkungen der Bau- und der Betriebsphase)

5.4.1 Auswirkungen auf den Menschen / Immissionssituation

Bei der Bewertung der Auswirkungen der Planung auf den Menschen ist zu unterscheiden zwischen den Auswirkungen, die durch das geplante Baugebiet

in der Nachbarschaft, d.h. insbesondere an benachbarten Wohnnutzungen, zu erwarten sind und den Auswirkungen, die durch vorhandene Immissionen auf die geplante Nutzung einwirken. Von Belang sind dabei, bezogen auf das Schutzgut Mensch, insbesondere die Wohn- und die Erholungsfunktionen.

5.4.1.1 Einwirkungen auf das Plangebiet

Entsprechend den Ausführungen in Kap. 5.2.1.2 sind in der Nähe des Plangebiets mit dem Deverweg eine stark befahrene Straße und angrenzend Gewerbebetriebe vorhanden. Mit dem Vorhaben im Plangebiet soll die im angrenzenden Mischgebiet bestehende Tankstelle erweitert werden. Eine Wohnnutzung ist im Plangebiet nicht vorgesehen. Mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan wird die geplante Maßnahme im Plangebiet genau definiert. Hier sollen Ladestationen für Pkws und Fahrräder angeboten werden. Von den angrenzend vorhandenen Gewerbebetrieben sind keine unzumutbaren Immissionen zu erwarten, da sie sich im Mischgebiet in unmittelbarer Nähe zu schützenswerten Wohnnutzungen befinden. Die vom Deverweg ausgehenden Verkehrslärmimmissionen können hingenommen werden, da der Aufenthalt im Plangebiet nur zeitlich begrenzt stattfindet und unzumutbare Belastungen dadurch nicht zu erwarten sind.

5.4.1.2 Auswirkungen auf das Wohn- und Arbeitsumfeld

Bauphase

Während der Bauphase ist insbesondere mit akustischen Auswirkungen und im Einzelfall mit Staubemissionen zu rechnen. Solche Immissionen sind regelmäßige Begleiterscheinungen bei der Entwicklung urbaner Standorte bzw. von Baumaßnahmen. Sie sind jedoch während der Entstehungsphase (Bautätigkeit, Bauverkehr) unvermeidbar und nur zeitlich begrenzt zu erwarten. Zur Vermeidung unzumutbarer Lärmbelastungen ist die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschimmissionen“ (August 1970) zu beachten.

Betriebsphase

Optisches Erscheinungsbild

Durch die neu versiegelte Fläche ergeben sich für den Menschen auch optische Auswirkungen. Da durch das Vorhaben aber keine hohen Gebäude entstehen und das Umfeld durch den angrenzenden Stadtpark und den Bestandsgehölzen auf dem Gelände des Wasserverbandes landschaftlich eingebunden ist, sind erhebliche negative Auswirkungen nicht zu erwarten.

Es sind auch unzumutbare Auswirkungen auf die Nachbarschaft in Folge des Erscheinungsbildes (erdrückende Wirkung) oder die Verschattung durch Baukörper nicht anzunehmen.

Lärmemissionen des Plangebietes

Gewerbelärm

Mit der vorliegenden Planung soll eine E-Ladestation für 11 PKW und 15 Fahrräder entstehen. Lärmauswirkungen können dabei durch das An- und Abfahren der PKW auftreten. Da die Erschließung allerdings über die bestehende Zu- und Abfahrt der Tankstelle erfolgt, ist mit erheblichen zusätzlichen Lärmimmissionen nicht zu rechnen. Die schützenswerte Wohnnutzung befindet sich zudem auf der lärmabgewandten Seite des Hotelgebäudes östlich der Waschstraße. Die neue E-Ladestation liegt damit in einem ausreichenden Abstand zu schützenswerter Wohnnutzung.

5.4.1.3 Auswirkungen auf die Erholungsfunktion

Wie bereits beschrieben liegt südlich des Plangebiets der Stadtpark, der eine hohe Bedeutung für die Erholungsfunktion hat. Die Fläche des Wasserverbandes bildet allerdings einen Puffer zwischen dem Plangebiet und dem Stadtpark, so dass unzumutbare Auswirkungen durch das Plangebiet für die Erholungsfunktion des Stadtparks nicht zu erwarten sind.

Das Plangebiet selbst hat aufgrund der Nähe zum Deverweg keine besondere Bedeutung für die Erholung.

5.4.1.4 Risiken für die menschliche Gesundheit

Das Plangebiet befindet sich weder innerhalb des Achtungsabstandes von Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung - 12. Bundesimmissionsschutzverordnung (12. BImSchV), noch sind im Plangebiet derartige Betriebe vorgesehen. Durch die geplante E-Ladestation ist nicht davon auszugehen, dass es zu einer Zunahme der Gefährdung der Bevölkerung kommt.

5.4.2 Auswirkungen auf Natur und Landschaft / Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen

5.4.2.1 Landschaftsbild / Ortsbild

Bauphase

Während der Bauphase ist mit Beeinträchtigungen durch Baumaschinen bzw. Baugeräte oder -hilfsmittel wie z.B. Baukränen oder auch Baugerüsten zu rechnen. Auch durch die Lagerung verschiedener Baumaterialien kann es zu Beeinträchtigungen des Landschafts- bzw. Ortsbildes kommen. Diese Beeinträchtigungen sind jedoch regelmäßige Begleiterscheinungen beim Bau derartiger Betriebe bzw. Baukörper. Sie sind während der Entstehungsphase (Bautätigkeit) unvermeidbar und nur zeitlich begrenzt zu erwarten.

Betriebsphase

Das Landschaftsbild im Bereich des Plangebiets wird vornehmlich geprägt durch die Gehölze des westlich des Geltungsbereichs beginnenden Stadtparks, den großflächigen Einkaufsstandort nördlich des Deverweges mit dem Deverpark und der nordöstlich an das Plangebiet angrenzenden Tankstelle mit mehrgeschossigem Hotelgebäude.

Der Eingriff in das Landschaftsbild wird in erster Linie durch das Entfernen von Gehölzen und die künftige zusätzliche Versiegelung hervorgerufen, die aufgrund ihrer geringen Höhe jedoch nicht weit in die Landschaft wirkt. Zudem ist das Plangebiet durch die verbleibenden Gehölze außerhalb des Plangebiets eingegrünt. Des Weiteren wird durch die Festsetzung einer Bepflanzung auf den verbleibenden Freiflächen im Bereich der Trafostationen und hinter den Fahrradabstellanlagen zu einer Einbindung in das Landschaftsbild beigetragen.

5.4.2.2 Fläche / Boden / Wasser / Altlasten

Fläche

Mit der vorliegenden Planung wird eine Fläche von ca. 708 m² (Mischgebietsfläche abzüglich Pflanzflächen) bisher unbebauter Landschaft in Anspruch genommen. Die Stadt möchte an diesem Standort dem nordöstlich bestehenden Tankstellen- und Waschstraßenbetrieb eine Erweiterung ermöglichen. Die im bestehenden Mischgebiet ausgewiesenen Flächen reichen für diese Entwicklung nicht aus. Die Stadt ist daher gezwungen, das Plangebiet über den vorliegenden Vorhabenbezogenen Bebauungsplan für die Errichtung einer E-Ladestation für PKW und Fahrräder zu sichern.

Boden / Wasser

Bauphase

Durch das Freimachen der Baufelder und das damit verbundene Abschieben des vorhandenen Oberbodens sowie durch evtl. kurzzeitig erforderliche Wasserhaltungsmaßnahmen können sich Beeinträchtigungen für die Schutzgüter Boden und Wasser ergeben. Diese Beeinträchtigungen sind jedoch regelmäßige Begleiterscheinungen bei der Erschließung und Entwicklung derartiger Baugebiete. Die mit der vorliegenden Planung verursachten Beeinträchtigungen für das Schutzgut Boden, die bereits während der Bauphase auftreten, können innerhalb des Geltungsbereichs nicht vollständig kompensiert werden, so dass die Zuordnung einer externen Kompensationsmaßnahme notwendig wird.

Das anfallende Oberflächenwasser soll im Plangebiet aufgefangen und gedrosselt der nächsten Vorflut zugeleitet werden. Damit werden erhebliche Beeinträchtigungen des Grundwasserhaushaltes weitestgehend vermieden.

Betriebsphase

Der Eingriff in den Boden- und Grundwasserhaushalt wird in erster Linie durch die künftige Versiegelung hervorgerufen. Mit der Versiegelung gehen bestehende Bodenfunktionen verloren, wie z.B. Filter- und Produktionsfunktionen.

Mit der Inanspruchnahme einer kleinen Fläche, die bereits an ein Betriebsgrundstück angrenzt, wird zwar auf eine unbebaute Fläche zurückgegriffen, aber die Inanspruchnahme einer neuen Betriebsstätte an anderer Stelle mit entsprechenden Auswirkungen vermieden.

Im Bereich der im Plangebiet festgesetzten Pflanzflächen kann ein Teil der Beeinträchtigungen des Bodens ausgeglichen und kompensiert werden. Aufgrund der Größe der versiegelbaren Fläche verbleiben jedoch Beeinträchtigungen des Bodens innerhalb des Plangebietes. Zur vollständigen Kompensation ist daher die Zuordnung einer externen Kompensationsmaßnahme erforderlich.

Mit der zukünftig möglichen Bebauung geht Versickerungsfläche verloren und die Grundwasserneubildung wird in diesen überbauten Abschnitten generell verringert.

Das auf den Grundstücken anfallende Oberflächenwasser soll jedoch aufgefangen und gedrosselt der nächsten Vorflut zugeleitet werden. Damit werden erhebliche Beeinträchtigungen des Schutzgutes Wasser vermieden.

5.4.2.3 Klima / Luft

Bauphase

In der Bauphase wird sich kurzzeitig, z.B. für die Anlieferung von Baustoffen und für die notwendigen Bauarbeiten, ein erhöhtes Verkehrsaufkommen einstellen. Dieses kann sowohl den Treibhauseffekt als auch den Klimawandel negativ begünstigen. Aufgrund der Kleinflächigkeit des Plangebietes sind hier erhebliche Auswirkungen jedoch nicht zu erwarten.

Betriebsphase

Durch die Versiegelung des Bodens und dem damit verbundenen Verlust an Vegetationsfläche kommt es kleinräumig zu einer stärkeren und schnelleren Erwärmung. Die siedlungsnaher Freifläche als Frischluftentstehungsgebiet wird reduziert.

Das Plangebiet befindet sich aber in einem Bereich, in dem weiterhin viele Gehölze und Freiflächen vorhanden sind, sodass sich die Beeinträchtigungen der Versiegelung auf einer relativ kleinen Fläche nicht wesentlich auswirken dürften.

Zudem werden die zu beseitigenden Baumbestände an anderer Stelle im Stadtgebiet ersetzt, sodass diese Neuanpflanzungen dem Klimawandel entgegenwirken können (z.B. durch Bindung von CO₂). Damit wird dem Grundsatz nach § 1a Abs. 5 BauGB entsprochen.

Insgesamt werden durch die Begrenzung der Versiegelung und der Bereitstellung einer externen Kompensationsfläche, die zum Ausgleich der Beeinträchtigungen des Schutzgutes Boden erforderlich ist, erhebliche Beeinträchtigungen für das Schutzgut Klima/Luft vermieden, ausgeglichen bzw. extern kompensiert.

Insgesamt verbleiben somit keine erheblichen Beeinträchtigungen.

5.4.2.4 Arten und Lebensgemeinschaften (s. Anlage 2)

Der Eingriff in das Schutzgut Arten und Lebensgemeinschaften wird durch die Überplanung einer zum größten Teil mit Gehölzen bestandenen Fläche verursacht.

Bauphase

Baubedingte Störungen durch Schallimmissionen und visuelle Wahrnehmung im Sinne des Störungsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) sind möglich aber unwahrscheinlich, da sich die Vorhabenfläche inmitten von Verkehrsflächen und Gewerbebebauung befindet. Von einer Vorbelastung bzw. Gewöhnung an Lärm und Anwesenheit von Menschen ist daher auszugehen. Das ist auch für die Dohlen oder Rabenkrähen, die die Bäume auf der Vorhabenfläche als Schlafbäume nutzen, anzunehmen. Um diese Störungen bzw. Beeinträchtigungen für die Fauna des Gebietes sicher zu vermeiden, dürfen die notwendigen Rodungs- und Fällungsarbeiten nur außerhalb der Brutzeit potentiell vorkommender Brutvogelarten und außerhalb der Wochenstubenzeit und Hauptaktivitätsphase der Fledermäuse, d.h. nicht in der Zeit zwischen dem 1. März und dem 30. September erfolgen. Bei vorzeitigem Baubeginn ist eine ökologische Baubegleitung durchzuführen.

Prognose und Bewertung der Schädigungen und Störungen

Vögel

Der Vorhabenfläche kommt keine besondere Bedeutung für Brutvögel zu. Alle betrachteten Arten sind weit verbreitet und häufig. Es handelt sich um überwiegend anpassungsfähige Arten, die häufig in siedlungsnahen Gehölzen brüten. Die in der Vorhabenfläche stehenden Bäume sind vom Vorhaben betroffen. Das stellt eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne der Eingriffsregelung für die erfassten Brutvogelarten dar. Vögel (besonders Eier und Jungtiere), die sich in den Nestern befinden, können bei den Arbeiten zur Baufeldvorbereitung verletzt oder getötet werden, wodurch potenziell der Verbotstatbestand der Tötung nach § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1 zutreffen kann. Zur Vermeidung sollten daher Regelungen zu den Bauzeiten bzw. Fäll- und Rodungsarbeiten in den Bebauungsplan aufgenommen werden.

Fledermäuse

Die Eignung der Vorhabenfläche als Fledermauslebensraum erstreckt sich auf Jagdaktivitäten von geringer Bedeutung entlang der Gehölze. Die zu erwartenden Arten sind als Kulturfolger vergleichsweise unempfindlich gegenüber anthropogenen Störungen. Eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne der Eingriffsregelung für die zu erwartenden Fledermausarten stellt die für das geplante Vorhaben notwendige Fällung der Gehölze nicht dar, da der Baumbestand ohne Quartierpotenzial ist und Tötungen in Bezug auf die Vorhabenwirkungen nur im Bereich von Quartieren geschehen können. Ein Verbotstatbestand der Tötung nach § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1. ist daher auszuschließen. Ein Verlust von Lebensstätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist auszuschließen, da die Vorhabenfläche über eine zu erwartende allgemeine Flugaktivität als Jagdgebiet keine hervorzuhebende Eignung aufweist. Eine Störung im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG von nächtlich jagenden Fledermäusen kann ausgeschlossen werden, da durch das Vorhaben ausgelöste Schall- und Lichtimmissionen im Umfeld der Vorhabenfläche als Vorbelastung und Gewöhnungsfaktor bereits vorliegen.

Prüfung der Verbotstatbestände

Um Verstöße gegen das Tötungsverbot gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG sicher ausschließen zu können, dürfen die Bauflächenvorbereitungen insbesondere notwendige Rodungs- und Fällungsarbeiten nur außerhalb der Brutzeit potenziell hier möglicher Brutvogelarten, d.h. nicht in der Zeit zwischen dem 1. März und dem 30. September, erfolgen.

Bei vorzeitigem Baubeginn ist eine ökologische Baubegleitung durchzuführen.

Ein entsprechender Hinweis ist im Bebauungsplan aufgenommen.

Die artenschutzrechtliche Potenzialanalyse ist als Anlage 2 der Begründung beigelegt.

5.4.2.5 Wirkungsgefüge

Die o.g. Schutzgüter stehen in Beziehung zueinander. Die getroffenen Festsetzungen und Maßnahmen können daher auf das eine Schutzgut positive, auf das andere jedoch negative Auswirkungen haben. Nachfolgend wird das aus der vorliegenden Planung resultierende Wirkungsgefüge beschrieben.

Mit der vorliegenden Planung geht der Teilbereich eines naturnahen Feldgehölzes sowie ein Teilbereich des Straßenseitenraumes verloren. Durch die künftige Versiegelung werden die Grundwasserneubildung und damit auch die Verdunstungsrate reduziert. Das derzeitige Feldgehölz steht nicht mehr als Nahrungs- und Lebensraum für die Fauna des Gebietes zur Verfügung und geht als wichtiges Element für die Schutzgüter Boden und Klima/Luft verloren.

Unter Berücksichtigung der Lage der Plangebietsfläche innerhalb des Stadtgebietes und in unmittelbarer Nähe zur vorhandenen Tankstelle stellt die Planung jedoch eine städtebaulich sinnvolle Ergänzung und Erweiterung der vorhandenen Infrastruktur dar, so dass erhebliche Beeinträchtigungen des Orts- und Landschaftsbildes nicht zu erwarten sind.

Der Verlust des Feldgehölzes und dessen Funktionen, vor allem für die Schutzgüter Boden und Klima/Luft, wird durch die Zuordnung einer neu anzupflanzenden Gehölzfläche ausgeglichen, die sich auch positiv auf alle übrigen Schutzgüter auswirkt.

Eine Beeinträchtigung der Grundwasserneubildung wird weitestgehend vermieden, da das im Plangebiet anfallende Oberflächenwasser aufgefangen und der nächsten Vorflut zugeführt wird.

Insgesamt wird daher mit der vorliegenden Planung das Wirkungsgefüge der Schutzgüter von Natur und Landschaft aufgrund der vorgesehenen Maßnahmen nicht erheblich beeinträchtigt.

5.4.2.6 Risiken für die Umwelt

Mit der Erweiterung des Mischgebiets um das Plangebiet und der Errichtung einer E-Ladestation am vorliegenden Standort ist kein besonderes Unfall- und Katastrophenrisiko verbunden. Die geplante Nutzung verursacht keine besonderen Risiken für die menschliche Gesundheit und für das Ökosystem.

5.4.3 Auswirkungen auf Kultur- und sonstige Sachgüter / Risiken für das kulturelle Erbe

Im Plangebiet und angrenzend sind der Stadt keine Objekte von kulturgeschichtlicher Bedeutung bekannt.

In den Bebauungsplan ist folgender Hinweis aufgenommen:

„Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- und frühgeschichtliche sowie mittelalterliche oder frühneuzeitliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege-Abteilung Archäologie- Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, Tel. 0441/205766-15 unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer.“

Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.“

5.4.4 Wechselwirkungen

Bei der Prüfung der Wechselwirkungen ist entsprechend den Anforderungen von § 1 (6) Nr. 7 i BauGB das übergreifende Verhältnis zwischen Naturhaushalt und Landschaft, den Menschen sowie den Sach- und Kulturgütern, soweit sich diese durch die Planung wechselseitig beeinflussen, zu erfassen.

Wie aus den vorangegangenen Kapiteln hervorgeht, entstehen durch die Planung, insbesondere bei Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich von Beeinträchtigungen auf den überwiegenden Teil der zu betrachtenden Bestandteile der Umwelt keine erheblichen negativen Auswirkungen.

Mit der vorliegend geplanten Erweiterung des Mischgebietes entstehen somit keine neuen weitergehenden Beeinträchtigungen zwischen den Belangen des Umweltschutzes (Naturhaushalt und Landschaft, Mensch, Sach- und Kulturgüter), die sich so auswirken, dass negative Rückwirkungen zu erwarten wären. Erhebliche Wechselwirkungen treten damit nicht auf.

5.4.5 Kumulierung mit Auswirkungen anderer Vorhaben / benachbarter Plangebiete

In der Umgebung bzw. im Einwirkungsbereich des Plangebietes sind keine weiteren Vorhaben oder andere Plangebiete bzw. Planungen vorgesehen oder bekannt, die durch Kumulierung mit der vorliegenden Planung zu größeren Umweltproblemen führen könnten.

5.4.6 Berücksichtigung fachgesetzlicher Vorschriften

5.4.6.1 Schutzgebiete i.S.d. BNatSchG / FFH-Gebiet (Natura 2000)

Durch die Planung sind keine nationalen oder internationalen (Natura 2000) Schutzgebiete, gesetzlich geschützten Biotop oder geschützten Landschaftsbestandteile gem. § 22 (4) Nr. 1 NAGBNatSchG betroffen.

Das Plangebiet liegt nicht innerhalb oder angrenzend zu einem Gebiet von gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH-Gebiet) oder einem EU-Vogelschutzgebiet. Auswirkungen auf die Erhaltungsziele und Schutzzwecke solcher Gebiete sind daher nicht vorhanden. Eine Überprüfung der Verträglichkeit gemäß § 34 Abs. 1 BNatSchG ist nicht erforderlich.

5.4.6.2 Besonderer Artenschutz

Unter Berücksichtigung, dass notwendige Fäll- und Rodungsarbeiten nur außerhalb der Brutzeit potenziell möglicher Brutvogelarten, d.h. nicht in der Zeit zwischen dem 1. März und dem 30. September erfolgen dürfen, können die Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs.1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG ausgeschlossen werden.

5.4.7 Sonstige Belange des Umweltschutzes

Der sachgerechte Umgang mit Abfällen und Abwässern (§ 1 (6) Nr. 7 e BauGB) wird durch den Landkreis Emsland bzw. die Entsorgungsträger gewährleistet.

Die Nutzung von erneuerbaren Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie (§ 1 (6) Nr. 7 f BauGB) zur Vermeidung weiterer Emissionen ist nicht erklärte Zielsetzung oder Bestandteil des vorliegenden Bebauungsplanes. Hierzu wird auf das Gebäudeenergiegesetz (GEG) verwiesen, welches am 01.11.2020 in Kraft getreten ist. Das GEG enthält Anforderungen an die energetische Qualität von Gebäuden, die Erstellung und die Verwendung von Energieausweisen sowie an den Einsatz erneuerbarer Energien in Gebäuden. Durch das GEG wurden das Gesetz zur Einsparung von Energie in Gebäuden (EnEG), die Energieeinsparverordnung (EnEV) und das Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (EEWärmeG) in einem Gesetz zusammengeführt und ersetzt.

Seit dem 31.12.2022 sind gemäß § 32 a der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) bei der Errichtung von überwiegend gewerblich genutzten Gebäuden, die mindestens eine Dachfläche von 50 m² aufweisen, mindestens 50 Prozent der Dachfläche mit Photovoltaikanlagen auszustatten. Bei Wohngebäuden gilt dieses nach dem 31.12.2024 und bei sonstigen Gebäuden ab dem 31.12.2023.

Im Übrigen ist der weitergehende Einsatz spezieller Technologien jedem Grundstückseigentümer, soweit es unter Berücksichtigung der jeweiligen Gebietsfestsetzung und nachbarschaftlicher Interessen möglich ist, freigestellt.

Gemäß § 1 (6) Nr. 7 h BauGB ist die Erhaltung der bestmöglichen Luftqualität in Gebieten, in denen die durch Rechtsverordnung zur Erfüllung von bindenden Beschlüssen der Europäischen Gemeinschaft festgelegten Immissionsgrenzwerte nicht überschritten werden dürfen, als Belang im Sinne des Vorsorgeprinzips, zu berücksichtigen. Durch die vorliegende Festsetzung eines Mischgebietes bzw. der Errichtung einer E-Ladestation sind wesentliche Veränderungen der Luftqualität jedoch nicht zu erwarten. Vielmehr wird die Elektromobilität gefördert, die zu einem abgasfreien Antrieb führt und damit auch die Luftqualität in den Innenstädten verbessern kann.

Besondere Auswirkungen auf die Erfordernisse des Klimaschutzes (§ 1 Abs. 5 BauGB) ergeben sich durch die Planung nicht bzw. die geplante Bebauung muss entsprechend den einschlägigen Gesetzen und Richtlinien zum Klimaschutz errichtet werden (GEG).

5.5 Maßnahmen

Zusammenfassung der geplanten Maßnahmen, mit denen Umweltauswirkungen vermieden, verhindert, verringert und ausgeglichen werden sollen

5.5.1 Vermeidungsmaßnahmen bzgl. Natur und Landschaft

Um Beeinträchtigungen für Natur und Landschaft, insbesondere Beeinträchtigungen des Wasserhaushaltes soweit wie möglich zu vermeiden, wird das im Plangebiet zusätzlich anfallende Oberflächenwasser durch geeignete bauliche und sonstige Maßnahmen aufgefangen und gedrosselt der nächsten Vorflut zugeleitet.

Im nördlichen Plangebiet sowie im Bereich der geplanten Fahrradabstellanlagen werden Pflanzflächen festgesetzt.

Unter Berücksichtigung des angegebenen Zeitfensters für die Fäll- und Rodungsarbeiten werden erhebliche Beeinträchtigungen für die Fauna vermieden.

5.5.2 Abhandlung der Eingriffsregelung

a) Zulässigkeit des Eingriffs

Durch die Bauleitplanung werden im Plangebiet Maßnahmen vorbereitet bzw. ermöglicht, deren Durchführung den Eingriffstatbestand gem. § 14 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) erfüllen. Die Eingriffe stellen z.T. erhebliche Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Orts- und Landschaftsbildes dar.

Nach § 15 (1) und (2) BNatSchG ist der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege vorrangig auszugleichen oder zu ersetzen.

Der § 18 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) regelt das Verfahren bei Eingriffen in Natur und Landschaft im Verhältnis zum Baurecht. Sind auf Grund der Aufstellung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten, ist gem. § 18 BNatSchG über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zu entscheiden.

Das Baugesetzbuch (BauGB) stellt in § 1a (ergänzende Vorschriften zum Umweltschutz) die entsprechenden Vorschriften auf. Danach heißt es in § 1a Abs. 3 BauGB: „Die Vermeidung und der Ausgleich voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a bezeichneten Bestandteilen (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) sind in der Abwägung nach § 1 Abs. 7 BauGB zu berücksichtigen“ und „ein Ausgleich ist nicht erforderlich, soweit die Eingriffe bereits vor der planerischen Entscheidung erfolgt sind oder zulässig waren.“

Die Ermittlung des Eingriffs und des erforderlichen Ausgleichs im Rahmen der vorliegenden Bauleitplanung erfolgt nach diesen Vorschriften.

Die durch diese Planung entstehenden Eingriffe werden durch verschiedene, in den vorherigen Kapiteln schutzgutbezogen aufgelistete Maßnahmen z.T. vermieden bzw. ausgeglichen, sodass die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und des Naturhaushaltes auf ein unbedingt notwendiges Maß reduziert wird.

Grundsätzlich ist ein Eingriff unzulässig, wenn die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes überwiegen. Dieses ist in der Regel in Gebieten der Fall, in denen die Voraussetzungen eines Schutzes nach den §§ 23 – 30 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) erfüllt sind. Das Plangebiet erfüllt nicht diese Voraussetzungen.

Weil auch andere, für den Naturschutz wertvolle Elemente, die als selten oder gefährdet einzustufen sind, nicht in Anspruch genommen werden und der Ausbau der E-Mobilität und die Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft sowie die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen bedeutsame öffentliche Belange darstellen, sind nach Überzeugung der Stadt Papenburg die hier vorbereiteten Eingriffe letztendlich zulässig.

b) Eingriffsbilanzierung

Im Folgenden werden die sich aus der Planung ergebenden Eingriffe und Maßnahmen mit dem Bestand verglichen und bewertet, um die Plausibilität nachvollziehbar, also auch zahlenmäßig vergleichbar zu machen.

Hierfür wird die "Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung des Niedersächsischen Städtetages" (2013) zugrunde gelegt. Nachfolgend gilt die Formel:

Fläche in qm x Wertfaktor (WF) = Werteinheiten (WE)

c) Ermittlung des Eingriffsflächenwertes

In der folgenden Tabelle werden alle Biotopflächen aufgeführt, die durch die Planung unmittelbar beeinträchtigt werden. Die Biotopflächen wurden in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben. Entsprechend dem Städtetagmodell wird den Biotopflächen des Plangebietes der jeweilige Wertfaktor zugeordnet.

Werden die Biotopflächen mit ihren Wertfaktoren multipliziert, ergeben sie in der Summe den Eingriffsflächenwert.

Nutzungsart / Biototyp	Fläche	Wertfaktor	Werteinheit
Naturnahes Feldgehölz (HN)	552 qm	3 WF	1.656 WE
Halbruderales Gras- und Staudenflur	266 qm	1 WF	266 WE
Befestigte Fl. (Trafo)	10 qm	0 WF	0 WE
Gesamtfläche:	828 qm		
Eingriffsflächenwert:			1.922 WE

d) Ermittlung des Kompensationswertes

In den vorangegangenen Kapiteln wurden Maßnahmen zur Vermeidung und zum Ausgleich des Eingriffs beschrieben. Im Wesentlichen sind dies: die Neuanlage von Pflanzstrukturen am nördlichen Plangebietsrand und im Bereich der geplanten Fahrradabstellanlagen. Den Maßnahmen bzw. den entstehenden Biotypen wird entsprechend ihrer künftigen Wertigkeit ein Wertfaktor nach dem Städtetagmodell zugeordnet. Sie werden in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt. Die Flächen der aufgeführten Nutzungsarten / Biotypen werden mit den zugeordneten Wertfaktoren multipliziert und ergeben dann addiert den Kompensationswert.

Nutzungsart / Biototyp	Fläche	Wertfaktor	Werteinheit
Mischgebiet (GRZ 0,6)	828 qm	-	-
versiegelt (80%) (X)	662 qm	0 WF	0 WE
unversiegelte Freifl. (20 %), davon Fl. z. Anpflanzen	166 qm (120) qm	1 WF	166 WE
Gesamtfläche:	828 qm		
Kompensationswert:			166 WE

Innerhalb des Plangebietes entsteht durch Vermeidungsmaßnahmen und interne Ausgleichsmaßnahmen ein Kompensationswert von **166 WE**. Gegenüber dem Eingriffsflächenwert (**1.922 WE**) verbleibt ein Kompensationsdefizit von **1.756 WE**.

e) Externe Kompensationsmaßnahme (Anlage 3)

Das sich durch die Überplanung des Feldgehölzes ergebende Kompensationsdefizit in Höhe von 1.756 WE soll auf einer externen Fläche ausgeglichen werden. Hierfür steht das Flurstück 5/18, Flur 21, Gemarkung Papenburg (Splitting links Nr. 225) zur Verfügung. Dieses Flurstück befindet sich südöstlich der Ortslage von Papenburg, südlich der Birkenallee und südlich der Johann-Bunte-Straße. Dieses Flurstück mit einer Gesamtgröße von 9.104 m²

gliedert sich in Wohnbau- und Gartenfläche sowie vorhandener Gehölzfläche und einer zwischen der Garten- und der Gehölzfläche liegenden Rasenfläche, die mehrmals im Jahr gemulcht wird. Im Bereich dieser Rasenfläche soll die Überplanung des Feldgehölzes durch die Neuanlage von standortgerechten, heimischen Laubgehölzen kompensiert werden. Die Rasenfläche als intensiv gepflegte Grünfläche wird nach dem Städtetagmodell mit dem Wertfaktor 1 WF bewertet. Nach der Bepflanzung mit standortgerechten Laubgehölzen kann diese Fläche dem Wertfaktor 3 WF zugeordnet werden. Zur Kompensation des sich ergebenden Defizits muss somit eine Fläche in der Größe von ca. 880 m² bepflanzt werden.

Die Sicherung dieser Fläche als Kompensationsfläche erfolgt über einen städtebaulichen Vertrag.

Die Fläche wird mit den nachfolgend aufgelisteten Pflanzenarten bepflanzt:

Alnus glutinosa (Schwarzerle)
Betula pendula (Sandbirke)
Corylus avellana (Haselnuss)
Crataegus monogyna (Eingrifflicher Weißdorn)
Prunus spinosa (Schlehe)
Quercus robur (Stieleiche)
Sambucus nigra (Schwarzer Holunder)
Sorbus aucuparia (Eberesche)

Es sind mindestens 4 Arten der Pflanzliste zu verwenden, wobei der Mindestanteil je Art 10 % beträgt. Als Anfangspflanzung ist je 1,5 m² eine Pflanze zu setzen. Abgängige Gehölze sind durch entsprechende Neuanpflanzungen zu ersetzen. Die Neuanpflanzung hat in der gleichen Vegetationsperiode zu erfolgen, wie die Beseitigung der vorhandenen Gehölze.

f) Schlussbetrachtung

Der Eingriff in Natur und Landschaft resultiert im Wesentlichen aus der Überplanung des vorhandenen Feldgehölzes und der künftigen Bodenversiegelung. Allerdings wird mit der E-Ladestation der Einsatz und die Nutzung von CO₂ einsparenden Elektroautos erhöht bzw. verbessert.

Die Beeinträchtigung für Natur und Landschaft durch die Beseitigung des Feldgehölzes und der Bodenversiegelung wird durch die Neuanlage von standortgerechten, heimischen Laubgehölzen auf einer externen Fläche ausgeglichen bzw. kompensiert. Als Kompensation wird eine Fläche in der Größe von ca. 880 m² als standortgerechtes Feldgehölz neu angelegt.

Unter Berücksichtigung dieser externen Kompensationsmaßnahme geht die Stadt Papenburg davon aus, dass der durch die geplante Baumaßnahme hervorgerufene Eingriff in das Landschaftsbild und in den Naturhaushalt ausgeglichen werden kann und damit den Belangen von Natur und Landschaft entsprochen wurde.

5.5.3 Maßnahmen nach sonstigen umweltbezogenen Regelungen

5.5.3.1 Bodenschutzklausel - § 1a (2) Satz 1 und 2 BauGB

Gemäß § 1a (2) Satz 1 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam umgegangen und insbesondere sollen die Möglichkeiten der Städte und Gemeinden zur Wiedernutzbarmachung und Nachverdichtung genutzt werden. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden.

Erfordernis, Anlass und Ziel der Planung sind unter Punkt 1.2 beschrieben. Durch die Planung soll ein Tankstellenbetrieb eine Erweiterungsmöglichkeit erhalten, um eine E-Ladestation für PKW und Fahrräder errichten zu können. Diese Erweiterung ist nur im unmittelbaren Näher zu dem bestehenden Betrieb sinnvoll. Es wird nur so viel Fläche in Anspruch genommen, wie für das Projekt benötigt wird. Somit wird dem Grundsatz des sparsamen Umgangs mit Grund und Boden Rechnung getragen.

Die Stadt Papenburg ist daher der Auffassung, dass der Bodenschutzklausel sowohl hinsichtlich der erforderlichen Gebietsausweisung als auch mit Blick auf die konkrete Ausgestaltung ausreichend Rechnung getragen ist. Der entstehende Eingriff in Natur und Landschaft kann innerhalb des Plangebietes und auf einer externen Kompensationsfläche ausgeglichen werden.

5.5.3.2 Kultur- und sonstige Sachgüter

Im Plangebiet und angrenzend sind der Stadt keine Objekte von kulturgeschichtlicher Bedeutung bekannt.

In den Bebauungsplan ist folgender Hinweis aufgenommen:

Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- und frühgeschichtliche sowie mittelalterliche oder frühneuzeitliche Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohleansammlungen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen u. Steinkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) gemacht werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes meldepflichtig und müssen der zuständigen unteren Denkmalschutzbehörde oder dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege-Abteilung Archäologie- Stützpunkt Oldenburg, Ofener Straße 15, Tel. 0441/205766-15 unverzüglich gemeldet werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer.

Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Nieders. Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalschutzbehörde vorher die Fortsetzung der Arbeiten gestattet.

5.6 Auswirkungen i.S.d. § 1 Abs. 6 Nr. 7, Buchstabe j

Das Plangebiet befindet sich weder innerhalb des Achtungsabstandes von Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung - 12. Bundesimmissionsschutzverordnung (12. BImSchV), noch sind im Plangebiet derartige Betriebe vorgesehen. Im Plangebiet sind daher keine Auswirkungen, aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen, zu erwarten.

5.7 Anderweitige Planungsmöglichkeiten (Alternativprüfung)

Bei der Alternativprüfung sind die Ziele und der Geltungsbereich des Bebauungsplanes zu berücksichtigen. Der Gesetzgeber hat damit klargestellt, dass es im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung nicht um Standortalternativen an Standorten außerhalb des Plangebietes geht. Zu prüfen sind nur plankonforme Alternativen, ob die Planungsziele auch in anderer oder schonenderer Weise umgesetzt werden könnten (vgl. Muster Einführungserlass zum EAG-Bau Fachkommission Städtebau am 1. Juli 2004 oder U. Kuschnerus, Der sachgerechte Bebauungsplan, 4. Aufl., RN 737 VHW-Verlag Dezember 2010).

Im vorliegenden Fall soll eine Tankstelle um eine E-Ladestation für PKW und Fahrräder erweitert werden. Im bestehenden Mischgebiet in dem sich auch die Tankstelle befindet, sind keine Flächenkapazitäten frei, so dass eine flächenmäßige Erweiterung erforderlich wird. Diese ist aber nur am bestehenden Standort sinnvoll, so dass die Stadt Papenburg entschieden hat, die südlich angrenzende Fläche bedarfsgerecht einer Bauleitplanung zuzuführen.

Im Ergebnis stellt die gewählte Fläche somit die städtebaulich sinnvollste Lösung dar. Alternativen zur vorliegenden Planung bestehen somit nicht.

5.8 Zusätzliche Angaben im Umweltbericht

5.8.1 Methodik

Die Beurteilung der Auswirkungen der Planung auf Natur und Landschaft erfolgte verbalargumentativ. Im Rahmen der Eingriffsregelung kam die „Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung des Niedersächsischen Städtetages (2013)“ zur Anwendung.

Die Beurteilung der Bedeutung des Plangebietes für Arten und Lebensgemeinschaften wurde für die Tierartengruppen Brutvögel, Fledermäuse auf Grundlage einer artenschutzrechtlichen Potenzialanalyse durchgeführt.

Die Ermittlung von Lärmimmissionen oder sonstigen Immissionen war nicht erforderlich.

Schwierigkeiten bei der Erhebung der Grundlagen haben sich nicht ergeben.

5.8.2 Überwachungsmaßnahmen (Monitoring)

Durch den vorliegenden Bebauungsplan werden im Plangebiet Maßnahmen, die bei ihrer Durchführung erhebliche Umweltauswirkungen eintreten lassen, planerisch vorbereitet.

Erhebliche und nicht ausgleichbare Umweltauswirkungen sind bei Beachtung der getroffenen Regelungen und Festsetzungen durch die Planung jedoch nicht zu erwarten.

Die Umsetzung der geplanten Anpflanzungen im Plangebiet wird von der Stadt durch Inaugenscheinnahme überwacht. Die Dauer der erforderlichen Fertigstellungs- und Entwicklungspflege sollte 3 Jahre betragen.

Sofern die Maßnahmen ordnungsgemäß hergestellt sind und nicht widerrechtlich beseitigt werden, kann von einer dauerhaften Erhaltung ausgegangen werden, sodass eine zusätzliche Umsetzungskontrolle entbehrlich ist. Die Stadt behält sich ein Einschreiten vor, sofern Hinweise für einen nicht ordnungsgemäßen Zustand vorliegen.

Die Durchführung der externen Kompensationsmaßnahmen für den vorliegenden Bebauungsplan wird über den abzuschließenden Durchführungsvertrag abgesichert. In Rahmen dieses Vertrages werden auch die Abnahme und die künftige Überprüfung und Überwachung der Maßnahme geklärt.

5.8.3 Allgemeinverständliche Zusammenfassung

In der allgemeinverständlichen Zusammenfassung werden die aus der Planung resultierenden Auswirkungen in Bezug auf die Umwelt und ihre Erheblichkeit zusammengefasst.

Durch die geplante Ausweisung eines Mischgebietes und der Errichtung einer E-Ladestation ergeben sich Veränderungen in der Gestalt und in der Nutzung im Plangebiet. Diese sind jedoch bei Städtebauprojekten i.d.R. immer gegeben.

Im vorliegenden Fall dient das Plangebiet der Erweiterung eines bestehenden Tankstellen- und Waschanlagenbetriebes am Deverweg. Zugunsten dieser Erweiterung und des Ausbaus der E-Mobilität sollen auf einer Fläche von ca. 552 m² Gehölze gerodet werden. Der Verlust dieser Gehölzstruktur wird jedoch an anderer Stelle im Plangebiet ersetzt.

Durch das geplante Vorhaben wird bisher belebter Oberboden versiegelt. Es wird somit Versickerungsfläche reduziert und die Grundwasserneubildungsrate, bei gleichzeitiger Beschleunigung des Oberflächenwasserabflusses, verringert. Durch das Auffangen des zusätzlich anfallenden Oberflächenwassers und die gedrosselte Ableitung können erhebliche Beeinträchtigungen des Wasserhaushaltes jedoch vermieden werden.

Die Beeinträchtigungen von Arten und Lebensgemeinschaften sowie des Bodens durch die zusätzlich ermöglichte Versiegelung können zum Teil innerhalb des Plangebietes durch die Anlage von Pflanzflächen ausgeglichen werden.

Die verbleibenden Beeinträchtigungen werden durch die Zuordnung einer externen Kompensationsfläche kompensiert.

Die artenschutzrechtliche Potenzialanalyse kommt zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung des angegebenen Zeitfensters für die Fäll- und Rodungsarbeiten artenschutzrechtliche Belange dem Vorhaben nicht entgegenstehen.

Die durch den Deverweg verursachten Lärmimmissionen im Plangebiet wurden nicht näher betrachtet, da sie für die geplante Nutzung als Fläche mit einer E-Ladestation und aufgrund des Vorhabenbezugs nicht relevant sind.

Durch die Nutzung im Plangebiet werden in der Umgebung keine unzumutbaren Beeinträchtigungen zum Beispiel durch Lärm verursacht. Sonstige unverträgliche Immissionen (z.B. durch Geruch, Licht, Strahlung, Erschütterungen) sind aus dem Plangebiet ebenfalls nicht zu erwarten.

Da keine wertvollen Kultur- oder Sachgüter im Plangebiet bekannt sind, ergeben sich diesbezüglich keine erheblichen Beeinträchtigungen. Sollten ur- und frühgeschichtliche Bodenfunde gemacht werden, werden diese unverzüglich der Denkmalbehörde gemeldet.

Erhebliche Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern (Mensch, Natur und Landschaft, Kultur- und Sachgüter) sind im Plangebiet und der Umgebung nicht zu erwarten.

5.8.4 Referenzliste/Quellenverzeichnis

- Sophie Meisel: Geographische Landesaufnahme M 1 : 200.000, Naturräumliche Gliederung Deutschlands; Die naturräumlichen Einheiten auf Blatt 54/55, Oldenburg / Emden, 1962)
- Landschaftsrahmenplan (LRP) des Landkreises Emsland (2001)
- Landschaftsplan der Stadt Papenburg (2007)
- Umweltkarten Niedersachsen des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz
- Karten des Naturraumpotenzials von Niedersachsen und Bremen; Bodenkundliche Standortkarte, M. 1 : 200.000, Blatt Oldenburg, 1977)
- NIBIS® KARTENSERVEN, Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
- Heutige potenzielle natürliche Vegetationslandschaften Niedersachsens auf Basis der Bodenkundlichen Übersichtskarte 1 : 50.000, Inform.d. Naturschutz Niedersachsen 2003)
- Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen (Drachenfels, 2016)
- Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung des Niedersächsischen Städtetages (2013)

6 Abwägungsergebnis

Im Rahmen der Bauleitplanung sind insgesamt die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gemäß § 1 Abs. 7 BauGB gerecht abzuwägen. Im Rahmen des Abwägungsvorganges sind gemäß § 2 Abs. 3 BauGB bei der Bauleitplanung die Belange, die für die Abwägung von Bedeutung sind, zu ermitteln und zu bewerten. Diese sind im Rahmen der vorliegenden Begründung dargelegt.

Wie die Umweltprüfung (Kap. 5 Umweltbericht) gezeigt hat, ergeben sich durch die Planung keine erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgütern, die nicht ausgeglichen werden können.

Die durch die geplante Versiegelung hervorgerufenen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind nach einem anerkannten Bewertungsmodell bewertet worden und können innerhalb und außerhalb des Plangebietes ausgeglichen werden.

Artenschutzrechtliche Belange stehen dem Vorhaben nicht entgegen, wenn das in der Planzeichnung dargelegte Zeitfenster für erforderliche Baumfäll- und Rodungsarbeiten eingehalten werden.

Erhebliche Auswirkungen auf das Oberflächen- und Grundwasser können durch die gedrosselte Ableitung des zusätzlich anfallenden Oberflächenwassers vermieden werden.

In Bezug auf den Menschen können zu erwartende Lärmemissionen durch den Deverweg vernachlässigt werden, da im Vorhaben- und Erschließungsplan eine Wohnnutzung im Plangebiet nicht vorgesehen ist und der Aufenthalt im Plangebiet zeitlich begrenzt ist. Erhebliche Beeinträchtigungen durch Lärm sind in der Umgebung durch das Vorhaben ebenfalls nicht zu erwarten.

Den Erfordernissen des Klimaschutzes wird durch die bei der Errichtung von Gebäuden einzuhaltenden Gesetze und Richtlinien zur Energieeinsparung Rechnung getragen.

Die insgesamt nur geringe zusätzliche Belastung der Schutzgüter ist nach Auffassung der Stadt, insbesondere im Verhältnis zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und der Verbesserung der Versorgungsstruktur für E-Mobilität, vertretbar.

Wesentliche andere Belange als die in der Begründung, insbesondere im Umweltbericht dargelegten, sind nicht zu berücksichtigen. Nach Abwägung aller vorgenannten Belange kann die vorliegende Planung daher durchgeführt werden.

7 Städtebauliche Daten

Art der Nutzung	Fläche in qm	Fläche in %
Mischgebiet, davon 120 qm als Fläche zum Anpflanzen	828	100
Plangebiet	828 qm	100

8 Verfahren

a) Beteiligung der Bürger

Die Stadt Papenburg hat gemäß § 3 (1) BauGB frühzeitig die allgemeinen Ziele und voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich dargelegt und Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben.

b) Öffentliche Auslegung

Der Entwurf des Bebauungsplanes hat gemäß § 3 (2) BauGB zusammen mit der dazugehörigen Begründung mit Umweltbericht in der Zeit vom bis (einschließlich) öffentlich im Rathaus der Stadt Papenburg ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung wurden eine Woche vorher ortsüblich mit dem Hinweis bekannt gemacht, dass Anregungen während dieser Auslegungsfrist vorgebracht werden können.

c) Satzungsbeschluss

Die vorliegende Fassung war Grundlage des Satzungsbeschlusses vom

Papenburg, den

Anlagen

1. Abwägungen öffentlicher Belange
 - 1.1 Frühzeitigen Beteiligung gemäß § 4 (1) BauGB
 - 1.2 Beteiligung gemäß § 4 (2) BauGB
2. Artenschutzrechtliche Potentialabschätzung
3. Externe Kompensationsmaßnahme

Landkreis Emsland, mit Schreiben vom 15.11.2022

Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

Naturschutz und Forsten**Naturschutzfachliche Belange:**

Im Sinne des Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatzes nach § 13 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) gilt es zunächst, Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu vermeiden. Die Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist für den Vorhabenträger verpflichtend. Die Bauleitplanung ist daher grundsätzlich an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um zum einen vorhandene Schutzgebiete, gesetzl. geschützte Biotope, geschützte Landschaftsteile etc. und zum anderen vorhandene Grünstrukturen wie Waldflächen, Baumreihen oder Baumgruppen, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen und Gewässer zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten.

Die naturschutzfachliche Vorgabe gilt in diesem Fall insbesondere für die jungen Gehölzstrukturen und Gehölzbestände, die sich im östlichen Bereich des Plangebietes erstrecken.

Für die o.g. Bauleitplanung ist eine Umweltplanung durchzuführen. Die entsprechenden Daten, Erhebungen und Kartierungen sind beizubringen. Als Anforderung an die Umweltplanung ist die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorkommenden und unmittelbar an das Plangebiet an-

Die Hinweise zum Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatz werden zur Kenntnis genommen.

Bei der Planung handelt es sich um die Erweiterung eines ortsansässigen Betriebes um Anlagen mit Aufladestationen für elektrobetriebene Fahrzeuge. Diese Anlagen können auf dem bestehenden Betriebsgrundstück der Tankstelle und der Waschstraße nicht mehr untergebracht werden. Gleichzeitig sind diese Anlagen wichtig für einen künftigen Fortbestand des Betriebes und für die Deckung des Bedarfs an entsprechenden Ladestationen.

Um die E-Mobilität zu stärken und damit auch die Belange des Umweltschutzes (Vermeidung von Emissionen) sowie der Wirtschaft (Sicherung von Arbeitsplätzen) wird die Überplanung der Gehölzgruppe der Vorrang eingeräumt. Ein Ersatz für den Eingriff erfolgt an anderer Stelle im Stadtgebiet.

Im Rahmen der weiteren Planbearbeitung wird ein Umweltbericht als Teil der Begründung erstellt. Im Umweltbericht werden die einzelnen Schutzgüter benannt, der Eingriff bewertet und bei Bedarf Maßnahmen zur Minimierung der Auswirkungen vorgegeben. Im Zuge der Eingriffsbilanzierung erfolgt eine Bio-

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

grenzenden Biotoptypen (Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften) zu betrachten. Im Zuge der Bestandsaufnahme ist ein besonderes Augenmerk auf die zahlreichen Gehölzstrukturen zu legen.

Aus einer zu erarbeitenden Eingriffsbilanzierung, die sich aus der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG ergibt, sind die Art, die Lage und der Umfang der Kompensationsmaßnahmen abzuleiten und auf dieser Ebene der Bauleitplanung konkret und detailliert (Plan und Text) darzustellen.

Forstfachliche Belange:

Der Gehölzbestand im östlichen Bereich des Plangebietes weist kaum Verbindungen zu dem östlich/südöstlich anschließenden Gehölzbestand auf und kann daher separat betrachtet werden. Der Gehölzbestand ist aufgrund seiner Lage, seiner Beschaffenheit und insbesondere seiner Größe nicht als Wald im Sinne des Nieders. Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) zu beurteilen.

Artenschutzrechtliche Belange:

Die artenschutzrechtlichen Belange wurden bereits im Vorfeld der frühzeitigen Beteiligung abgestimmt. Die Abstimmung ergab, dass die Durchführung einer speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) nicht zwingend erforderlich ist. Die artenschutzrechtlichen Belange können in Form einer sog. Potentialanalyse abgehandelt werden. Eine saP beinhaltet die Untersuchung und Bewertung der im Vorfeld abgestimmten Tiergruppen, eine Potentialanalyse beinhaltet dagegen die Abhandlung aller im Plangebiet potentiell vorkommenden Tiergruppen/-arten, d.h. die Potentialanalyse hat nicht nur die mit hoher Wahrscheinlichkeit vorkommenden Tiergruppen der Brutvögel und Fledermäuse abzuhandeln, sondern auch Aussagen zu den potentiell vorkommenden Tiergruppen der Amphibien,

toptypenkartierung und –bewertung, bei der auch die Gehölzstrukturen berücksichtigt werden.

Aus der Eingriffsbilanzierung werden die Kompensationsmaßnahmen ermittelt und konkret in Plan und Text benannt.

Der Hinweis, dass der Gehölzbestand wegen seiner Lage, seiner Beschaffenheit und insbesondere seiner Größe nicht als Wald im Sinne des NWaldLG zu beurteilen ist, wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis, dass eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung nicht zwingend erforderlich ist, wird zur Kenntnis genommen.

Die artenschutzrechtlichen Belange wurden in Form einer Potenzialabschätzung abgehandelt. Im Vorfeld wurden hierzu mit der unteren Naturschutzbehörde die planungsrelevanten Arten der Avifauna und Fledermäuse abgestimmt. Aus diesem Grund beinhaltet die Potenzialabschätzung Aussagen zu diesen Tiergruppen.

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

der Kleinsäuger etc. zu treffen.

Notwendige Arbeiten im Seitenraum von Wegen, Straßen und Gräben erfolgen außerhalb der Brutzeit von Brutvogelarten der Ruderalfluren, Brachen und Gewässer (insbesondere der Gräben), d.h. nicht zwischen dem 01. März und 31. Juli.

Erforderliche Rodungsarbeiten und sonstige Gehölzarbeiten (Rückschnitt, Umsetzungen) sind gemäß § 15 Abs. 1 BNatSchG auf das unumgängliche Maß zu beschränken und gemäß § 39 BNatSchG auch bei Zulässigkeit des Eingriffs in der Zeit von Anfang Oktober bis Ende Februar auszuführen.

Zur Vermeidung von Verbotstatbeständen gemäß § 44 BNatSchG ist vor der Fällung potentieller Höhlenbäume von fachkundigem Personal der Biologie, der Ornithologie, der Landespflege etc. zu prüfen, ob die Bäume von Fledermäusen genutzt oder bewohnt werden.

Arbeiten im Plangebiet (Fäll- und Rodungsarbeiten) dürfen nicht in der Zeit von März bis September (einschließlich) durchgeführt werden. Ein entsprechender Hinweis wird in den Bebauungsplan aufgenommen.

Die artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung hat ergeben, dass die Eignung der Vorhabenfläche als Fledermauslebensraum sich auf Jagdaktivitäten von geringer Bedeutung entlang der Gehölze erstreckt. Die zu erwartenden Arten sind als Kulturfolger vergleichsweise unempfindlich gegenüber anthropogenen Störungen. Eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne der Eingriffsregelung für die zu erwartenden Fledermausarten stellt die für das geplante Vorhaben notwendige Fällung der Gehölze nicht dar, da der Baumbestand ohne Quartierpotenzial ist und da Tötungen in Bezug auf die Vorhabenwirkungen nur im Bereich von Quartieren geschehen können. Ein Verbotstatbestand des Tötungsverbots nach § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1. ist daher auszuschließen. Ein Verlust von Lebensstätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist auszuschließen, da die Vorhabenfläche über eine zu erwartende allgemeine Flugaktivität als Jagdgebiet keine hervorzuhebende Eignung aufweist. Eine Störung im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG von nächtlich jagenden Fledermäusen kann ausgeschlossen werden, da Schall- und Lichtimmissionen im Umfeld der Vorhabenfläche als Vorbelastung und Gewöhnungsfaktor bereits vorliegen.

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

Der Gehölzeinschlag ist auf ein Minimum zu reduzieren, um die Beeinträchtigungen Gehölz bewohnender bzw. -abhängiger Vogelarten zu verringern. Entsprechend dürfen die Gehölze nur dann geschlagen werden, wenn es bautechnisch zwingend notwendig ist.

Ist ein Einhalten der Bauzeitenbeschränkung nicht möglich, ist das Plangebiet im Rahmen einer qualifizierten ökologischen Baubegleitung vor der Herrichtung, hier der Beseitigung des Gehölzbestandes, durch fachkundiges Personal der Biologie, der Landespflege oder der Ornithologie auf geschützte Arten und deren Brut- und Lebensstätten (Bruthöhlen, Quartiere etc.) abzusuchen. Sofern dabei keine geschützten Arten und/oder Brut- und Lebensstätten festgestellt werden, ist die Herrichtung des Plangebietes zulässig. Eine ökologische Baubegleitung ist im Vorfeld namentlich zu benennen und der Unteren Naturschutzbehörde mitzuteilen.

Ergeben sich vor und während der Herrichtung des Plangebietes Hinweise auf die Anwesenheit geschützter Arten, ist zwecks weiterer Vorgehensweise eine Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde zu suchen.

Zur Durchführung der Planung ist die Beseitigung im gesamten relativ kleinen Plangebiet erforderlich. Der Eingriff wird aber an anderer Stelle im Stadtgebiet ausgeglichen.

Die Einhaltung der Bauzeitenbeschränkung wird angestrebt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover, mit Schreiben vom 03.11.2022

Sie haben das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln-Hannover (Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der Rückseite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.

Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind.

Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.

Die Bearbeitungszeit für Luftbildauswertungen beträgt derzeit beim KBD ca. 16 Wochen ab Antragstellung. Da diese Zeitspanne zwischen Erteilung einer Baugenehmigung und dem Baubeginn erfahrungsgemäß nicht verfügbar ist, empfehlen wir den Kommunen eine rechtzeitige Antragstellung.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind und eine weitere Gefahrenerforschung (z.B. durch eine entsprechende Luftbildauswertung) kostenpflichtig möglich ist.

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbilddauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung unter Verwendung des Antragsformulars und der Rahmenbedingungen, die Sie über folgenden Link abrufen können:
<http://www.lgln.niedersachsen.de/startseite/kampfmittelbeseitigung/luftbilddauswertung/kampfmittelbeseitigungsdienst-niedersachsen-163427.html>

Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigegefügte Kartenunterlage)

Empfehlung: Luftbilddauswertung

Fläche A

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.

Luftbilddauswertung: Es wurde keine Luftbilddauswertung durchgeführt.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.

Belastung: Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.

In der vorstehenden Empfehlung sind die Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einführung des Kampfmittelinformationssystems Niedersachsen (KISNi), dem 11.06.2018, nicht eingeflossen, da sie nicht dem Qualitätsstand von KISNi entsprechen. Sie können natürlich trotzdem von den Kommunen in eigener Zuständigkeit berücksichtigt werden.

Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für das Plangebiet eine Luftbilddauswertung empfohlen wird, da der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel besteht. Eine Luftbilddauswertung wird vom Vorhabenträger beantragt.

EWE NETZ GmbH, mit Schreiben vom 26.10.2022

Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore für Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o.Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein.

Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 4m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden.

Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Ver-

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe Versorgungsanlagen der EWE NETZ GmbH befinden, welche erhalten bleiben müssen und nicht beschädigt oder anderweitig gefährdet werden dürfen. Die im Plangebiet vorhandenen Trafoanlagen sind innerhalb der zum Anpflanzen festgesetzten Fläche zulässig und damit gesichert.

Soweit eine Neuherstellung oder Änderungen bzw. Anpassungen der Ver- und Entsorgungsanlagen erforderlich werden, wird zur Kenntnis genommen, dass diese entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und den anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden müssen.

Im Plangebiet werden keine öffentlichen Erschließungsanlagen hergestellt, Versorgungstreifen sind daher nicht erforderlich.

Die EWE wird in die weitere Planung frühzeitig eingebunden.

Im Plangebiet sollen keine Gebäude entstehen. Ein wärme-

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

sorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o. ä.) verzichtet werden soll.

Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite:
<https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen>

technisches Versorgungskonzept ist für das Plangebiet daher nicht vorgesehen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten für Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten grundsätzlich vollständig vom Vorhabenträger zu tragen sind, es sei denn, der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Anregungen vorgebracht werden.

Die EWE NETZ GmbH wird in die weiteren Planungen einbezogen und rechtzeitig beteiligt.

Der Hinweis auf die aktuelle Anlagenauskunft wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

Bitte schicken sie uns Ihre Anfragen und Mitteilungen zukünftig ausschließlich an unser Postfach info@ewe-netz.de

Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner
Svenja Wernicke unter der folgenden Rufnummer: 151-74493155.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Wasserverband Hümmling, mit Schreiben vom 10.11.2022

Gegen die o.g. vorgesehene Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen seitens des Wasserverbandes Hümmling grundsätzliche Bedenken und Einwände.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verband im Zusammenhang mit der Neuordnung der Grundstücksverhältnisse im Bereich seiner Trinkwasser-Druckerhöhungsanlage am Deverweg zur Versorgung des Stadtgebietes der Stadt Papenburg und zugunsten der Stadt Papenburg und des Vorhabenträgers mit dem Erwerb des Grundstückes südlich des Planbereiches (Flurstück 408/342; zuvor Teil des Flurstückes 408/330) folgendes Leitungsrecht als beschränkt persönliche Dienstbarkeit im Grundbuch der Stadt Papenburg, Blatt 12257 eingetragen bekommen hat:

„Der Wasserverband Hümmling ist berechtigt, auf einem an der Grundstücksgrenze zu den Flurstücken 408/329 und 408/337 verlaufenden Grundstücksstreifen in einer Breite von 6,0 m Leitungen mit den erforderlichen Armaturen und auch Strom- und Steuerkabel zu verlegen, zu betreiben und zu unterhalten. Auf den von dem Leitungsrecht betroffenen Grundstücksflächen dürfen keine Baulichkeiten errichtet und keine Bäume angepflanzt werden. Auch ist sonst alles von der Grundstückseigentümerin zu unterlassen, was den Bestand und den Betrieb der Leitungen beeinträchtigt.“

Östlich des Planbereiches hat der Verband ein Wegerecht von der Nordgrenze seines Grundstückes 408/344 (zuvor Teil des Flurstückes 408/260) bis zur Einmündung in den Deverweg. Die Grundstücksbereiche mit Grunddienstbarkeiten zugunsten des Verbandes sind dem anbei liegenden Lageplan zu entnehmen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass gegen die Planung grundsätzliche Bedenken bestehen.

Die Eintragung des Leitungsrechts wird zur Kenntnis genommen. Der Vorhabenträger hat zwischenzeitlich mit dem Wasserverband eine Alternativlösung erarbeitet. Das Leitungsrecht wird ins westliche Plangebiet verlegt und planungsrechtlich festgesetzt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass nordöstlich des Plangebiets ein Wegerecht zugunsten des Wasserverbandes eingetragen ist. Dieses Wegerecht wird ebenfalls ins westliche Plangebiet verlegt und im Bebauungsplan als Fahrrecht festgesetzt.

Das im Plangebiet befindliche Leitungsrecht dient der langfristigen Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung des Bokeler Gebietes nördlich der Bahnstrecke und darüber hinaus der Sicherstellung der Versorgung des gesamten Stadtgebietes und ist insofern unverzichtbar. Dieses Recht muss für den Verband insofern vollumfänglich nutzbar bleiben. Die vorliegende Planung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 23/II „Altes Wasserwerk – Teil 2“ ist hiermit nicht vereinbar, so dass seitens des Wasserverbandes Hümmling der Planung hiermit widersprochen wird.

Dem im Planbereich im Bau befindlichen zweiten Trafogebäude sowie mindestens der geplanten ersten (östlichsten) Elektroladestation P1 für PKW wird daher hiermit widersprochen. Die Entfernung des bereits vorhandenen zweiten Trafogebäudes ist zu veranlassen, um dem Verband weiterhin sein Recht zur o.g. Nutzung des Grundstücksstreifens zu ermöglichen.

Wie bereits beschrieben, wurde das Leitungsrecht verlegt und steht der Planung somit nicht mehr entgegen.

Aufgrund der Verlegung des Leitungsrechts ins westliche Plangebiet steht auch das zweite Trafogebäude dem Nutzungsrecht des Wasserverbandes nicht mehr entgegen.

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, mit Schreiben vom 09.11.2022

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:

Gashochdruckleitungen, Rohrfernleitungen

Durch das Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe dazu verlaufen erdverlegte Gashochdruckleitungen bzw. Rohrfernleitungen. Bei diesen Leitungen sind Schutzstreifen zu beachten, die von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenbewuchs frei zu halten sind. Bitte beteiligen Sie die den aktuellen Leitungsbetreiber direkt am Verfahren, damit ggf. erforderliche Abstimmungsmaßnahmen (genauer Leitungsverlauf, Breite des Schutzstreifens etc.) eingeleitet werden können. Der Leitungsbetreiber kann sich ändern, ohne dass es eine gesetzliche Mitteilungspflicht gegenüber dem LBEG gibt. Wenn Ihnen aktuelle Informationen zum Betreiber bekannt sind, melden Sie diese bitte an Leitungskataster@lbeg.niedersachsen.de. Weitere Informationen erhalten Sie hier. Die beim LBEG vorliegenden Daten zu den betroffenen Leitungen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Tabelle:

Objektname	Betreiber	Leitungstyp	Leitungsstatus
(nicht angegeben)	(nicht angegeben)	Energetische oder nicht-energetische Leitung	(nicht angegeben)

Hinweise

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine ge-

Der Hinweis bezüglich einer erdverlegten Gashochdruckleitung wird zur Kenntnis genommen. Durch die beteiligten Leitungsträger wurden hierzu im Zuge der frühzeitigen Beteiligung keine Hinweise vorgetragen.

Der Hinweis auf den NIBIS-Kartenserver wird zur Kenntnis genommen. Ebenfalls wird zur Kenntnis genommen, dass die Informationen zu den Baugrundverhältnissen keine geotechnische Erkundung oder Untersuchung des Baugrundes ersetzen.

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

otechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

Ob im Vorhabengebiet eine Erlaubnis gem. § 7 BBergG oder eine Bewilligung gem. § 8 BBergG erteilt und/oder ein Bergwerkseigentum gem. §§ 9 und 149 BBergG verliehen bzw. aufrechterhalten wurde, können Sie dem NIBIS-Kartenserver entnehmen. Wir bitten Sie, den dort genannten Berechtigungsinhaber ggf. am Verfahren zu beteiligen. Rückfragen zu diesem Thema richten Sie bitte direkt an markscheiderei@lbeg.niedersachsen.de. Informationen über möglicherweise vorhandene Salzabbaugerechtigkeiten finden Sie unter www.lbeg.niedersachsen.de/Bergbau/Bergbauberechtigungen/Alte_Rechte.

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.

Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

Die Hinweise bezüglich des BbergG werden zur Kenntnis genommen. Gemäß dem Nibis-Kartenserver bestehen im Plangebiet keine Erlaubnisse, Bewilligungen und auch kein Bergwerkseigentum.

Altverträge sind im Plangebiet nicht vorhanden.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass weitere Hinweise oder Anregungen nicht vorgetragen werden.

Die Hinweise zur vorliegenden Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahmen der Frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:

Bewertungsvorschlag:

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, mit Schreiben vom 17.10.2022

Durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Das Plangebiet befindet sich in einem Jettieffflugkorridor. Es wird darauf hingewiesen, dass Beschwerden und Ersatzansprüche, die sich auf die vom Flugplatz/Flugbetrieb ausgehenden Emissionen wie Fluglärm etc. beziehen, nicht anerkannt werden. Zudem liegt es im Interessengebiet der Militärischen LV-Radaranlage Brockzetel.

Evtl. Antworten/Rückfragen senden Sie bitte unter Verwendung unseres Zeichens K-II-1416-22-BBP ausschließlich an die folgende Adresse: BAIUDBwToeB@bundeswehr.org

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Belange der Bundeswehr aufgrund der Planung nicht beeinträchtigt werden.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände bestehen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Unterhaltungsverband 104 „EMS IV“, mit Schreiben vom 07.11.2022

Seitens des Unterhaltungsverbandes 104 „Ems IV“ bestehen gegen die Aufstellung des o.g. Bebauungsplans keine grundsätzlichen Bedenken, wenn folgende Auflagen und Bedingungen eingehalten werden:

1. Der UV 104 „Ems IV“ ist im wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen.

Um Übersendung einer Durchschrift der Genehmigung wird gebeten.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine grundsätzlichen Bedenken bestehen.

Der UV 104 wird am wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren beteiligt.

Landkreis Emsland, mit Schreiben vom 17.05.2023

Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:

Städtebau

Im Titel der Satzung ist der Hinweis auf das beschleunigte Verfahren gemäß § 13 b Baugesetzbuch zu entfernen.

Naturschutz und Forsten**Naturschutzfachliche Belange:**

Die im Punkt 4.4 der Begründung näher beschriebene „Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern“ soll mit sogenannten Bodendeckern bepflanzt und auf eine Wuchshöhe von 0,80 m beschränkt werden. Sowohl die Verwendung von sogenannten Bodendeckern als auch das regelmäßige Stutzen und Einkürzen auf eine gärtnerisch bestimmte Wuchshöhe macht die „Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern“ aus naturschutzfachlicher Sicht nahezu wertlos.

Um der Fläche eine naturschutzfachliche Funktion und damit eine naturschutzfachliche Wertigkeit zu verleihen, wird angeraten, die Fläche mit heimischen, standortgerechten Laubgehölzen zu bepflanzen. Heimische Laubgehölze sind i.d.R. schnittverträglich, sodass bei Bedarf ein Rückschnitt erfolgen kann. Als heimische Laubgehölze bieten sich z.B. Wildrosen wie Rosa canina (Hundsrose), Rosa rugosa (Kartoffelrose), Rosa glauca (Rotblättrige Rose) oder Rosa rubiginosa (Weinrose) an. Neben dem naturschutzfachlichen Aspekt, bringen sie auch einen optischen Aspekt mit, da sie z.T. üppig blühen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der zulässigen Nutzungen innerhalb der Flächen zum Anpflanzen (Versorgungs- und Werbeanlagen) und der Notwendigkeit der Begehrbarkeit dieser Flächen, wurden die Pflanzvorgaben bewusst gewählt. Sie wurden in der Eingriffsbilanzierung entsprechend ihrer Wertigkeit auch nur mit 1 WF bewertet. An der Festsetzung in der vorliegenden Form wird aus den vorgenannten Gründen festgehalten.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Das Flurstück 5/18 der Flur 21 in der Gemarkung Papenburg ist aus naturschutzfachlicher Sicht grundsätzlich als Kompensationsfläche geeignet. Voraussetzung für die Eignung der Fläche ist jedoch eine ungestörte Entwicklung, sodass die Kompensationsfläche ihre Funktion dauerhaft erfüllen kann. Die Fläche liegt zum einen im Einflussbereich der westlich anschließenden Wohnbebauung und grenzt zum anderen im Osten an die freie und offene Landschaft. Durch die unmittelbaren Verbindungen und Wechselbeziehungen ist sowohl von einem vergleichsweise hohen Wilddruck als auch von einem gewissen Freizeitdruck auszugehen. Es wird daher dringend angeraten, die junge Gehölzpflanzung durch einen geeigneten Wildschutzzaun gegen Wildschäden zu schützen. Darüber hinaus ist seitens der Stadt Papenburg deutlich darauf hinzuweisen, dass die Fläche nicht zu Freizeit Zwecken betreten bzw. einer anderen Nutzung zugeführt werden darf.

Forstfachliche Belange:

Der betroffene Gehölzbestand, der der Bauleitplanung weichen muss, wird im Umweltbericht als „Feldgehölz“ angesprochen. Die Definition als „Feldgehölz“ ergeht unter Mitwirkung und in Abstimmung mit fachkundigem Personal der Forstwirtschaft. Eine Betroffenheit forstfachlicher Belange ist daher nicht gegeben.

Artenschutzrechtliche Belange:

Die artenschutzrechtlichen Belange wurden in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde in Form einer Potentialanalyse abgehandelt. Die vorliegende Potentialanalyse sagt aus, dass bei den untersuchten Tiergruppen der Brutvögel und der Fledermäuse sogenannte Verbotstatbestände nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) nicht erfüllt werden. Die Aussage ergeht unter der Bedingung, dass die in der Potentialanalyse aufgeführten und näher beschriebenen Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen be-

Es wird zur Kenntnis genommen, dass das als Ausgleichsfläche gewählte Flurstück grundsätzlich für die Kompensation geeignet ist.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und im Zuge der abzuschließenden vertraglichen Vereinbarungen berücksichtigt.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und berücksichtigt.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

achtung finden und zur Umsetzung kommen.

Der Gehölzbestand wurde bereits beseitigt. Die Beseitigung erfolgte gem. den o.g. Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen in einer artenschutzrechtlich unsensiblen Zeit und unter Mitwirkung fachkundigen Personals.

Brandschutz

- Für sämtliche geplanten Maßnahmen ist die Löschwasserversorgung gemäß Arbeitsblatt W 405 zu beachten.
- Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, betreffen jedoch nicht die Festsetzungen des Bebauungsplanes.

Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen, Regionaldirektion Hameln-Hannover, mit Schreiben vom 27.04.2023

Sie haben das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln-Hannover (Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der Rückseite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.

Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind. Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten, die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.

Die Bearbeitungszeit für Luftbildauswertungen beträgt derzeit beim KBD ca. 16 Wochen ab Antragstellung. Da diese Zeitspanne zwischen Erteilung einer Baugenehmigung und dem Baubeginn erfahrungsgemäß nicht verfügbar ist, empfehlen wir den Kommunen eine rechtzeitige Antragstellung.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind und eine weitere Gefahrenerforschung (z.B. durch eine entsprechende Luftbildauswertung) kostenpflichtig möglich ist.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Sofern eine solche kostenpflichtige Luftbildauswertung durchgeführt werden soll, bitte ich um entsprechende schriftliche Auftragserteilung unter Verwendung des Antragsformulars und der Rahmenbedingungen, die Sie über folgenden Link abrufen können:
<http://www.lgln.niedersachsen.de/startseite/kampfmittelbeseitigung/luftbildauswertung/kampfmittelbeseitigungsdienst-niedersachsen-163427.html>

Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigegefügte Kartenunterlage)

Empfehlung: Luftbildauswertung

Fläche A

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet.

Luftbildauswertung: Es wurde keine Luftbildauswertung durchgeführt.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.

Belastung: Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.

Empfehlung: Kein Handlungsbedarf

Fläche B

Luftbilder: Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden vollständig ausgewertet.

Luftbildauswertung: Nach durchgeführter Luftbildauswertung wird keine Kampfmittelbelastung vermutet.

Sondierung: Es wurde keine Sondierung durchgeführt.

Räumung: Die Fläche wurde nicht geräumt.

Belastung: Ein Kampfmittelverdacht hat sich nicht bestätigt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für das südwestliche Plangebiet (Fläche A) eine Luftbildauswertung empfohlen wird, da der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel besteht. Da sich diese relativ kleine Fläche unmittelbar angrenzend zum übrigen Plangebiet (Fläche B) befindet, für das kein Handlungsbedarf besteht, wird jedoch von einer Luftbildauswertung abgesehen. In den Planunterlagen ist folgender Hinweis enthalten: Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, ist sofort die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder der Kampfmittelräumdienst des Landes Niedersachsen zu benachrichtigen.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Hinweise:

Die vorliegenden Luftbilder können nur auf Schäden durch Abwurfkampfmittel überprüft werden. Sollten bei Erdarbeiten andere Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Brandmunition, Minen etc.) gefunden werden, benachrichtigen Sie bitte umgehend die zuständige Polizeidienststelle, das Ordnungsamt oder den Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Niedersachsen bei der RD Hameln-Hannover des LGLN.

In der vorstehenden Empfehlung sind die Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einführung des Kampfmittelinformationssystems Niedersachsen (KISNi), dem 11.06.2018, nicht eingeflossen, da sie nicht dem Qualitätsstand von KISNi entsprechen. Sie können natürlich trotzdem von den Kommunen in eigener Zuständigkeit berücksichtigt werden.

Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.

EWE NETZ GmbH, mit Schreiben vom 02.05.2023

Vielen Dank für die Beteiligung unseres Hauses als Träger öffentlicher Belange.

Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH.

Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden.

Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore für Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o.Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein.

Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 4m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden.

Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Ver-

Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe Versorgungsanlagen der EWE NETZ GmbH befinden, welche erhalten bleiben müssen und nicht beschädigt oder anderweitig gefährdet werden dürfen. Die im Plangebiet vorhandenen Trafoanlagen sind innerhalb der zum Anpflanzen festgesetzten Fläche zulässig und damit gesichert.

Soweit eine Neuherstellung oder Änderungen bzw. Anpassungen der Ver- und Entsorgungsanlagen erforderlich werden, wird zur Kenntnis genommen, dass diese entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und den anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden müssen.

Im Plangebiet werden keine öffentlichen Erschließungsanlagen hergestellt, Versorgungstreifen sind daher nicht erforderlich.

Die EWE wird in die weitere Planung frühzeitig eingebunden.

Im Plangebiet sollen keine Gebäude entstehen. Ein wärme-

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

sorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o. ä.) verzichtet werden soll.

Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.

Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.

Unsere Netze werden täglich weiterentwickelt und verändern sich dabei. Dies kann im betreffenden Planbereich über die Laufzeit Ihres Verfahrens/Vorhabens zu Veränderungen im zu berücksichtigenden Leitungs- und Anlagenbestand führen. Wir freuen uns Ihnen eine stets aktuelle Anlagenauskunft über unser modernes Verfahren der Planauskunft zur Verfügung stellen zu können - damit es nicht zu Entscheidungen auf Grundlage veralteten Planwerkes kommt. Bitte informieren Sie sich deshalb gern jederzeit über die genaue Art und Lage unserer zu berücksichtigenden Anlagen über unsere Internetseite: <https://www.ewe-netz.de/geschaeftskunden/service/leitungsplaene-abrufen>.

Haben Sie weitere Fragen? Sie erreichen Ihren Ansprechpartner Claudia Vahl unter der folgenden Rufnummer: 151-74493158.

technisches Versorgungskonzept ist für das Plangebiet daher nicht vorgesehen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Kosten für Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten grundsätzlich vollständig vom Vorhabenträger zu tragen sind, es sei denn, der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine weiteren Anregungen vorgebracht werden.

Die EWE NETZ GmbH wird in die weiteren Planungen einbezogen und rechtzeitig beteiligt.

Der Hinweis auf die aktuelle Anlagenauskunft wird zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, mit Schreiben vom 24.05.2023

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:

Gashochdruckleitungen, Rohrfernleitungen

Durch das Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe dazu verlaufen erdverlegte Gashochdruckleitungen bzw. Rohrfernleitungen. Bei diesen Leitungen sind Schutzstreifen zu beachten, die von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenbewuchs frei zu halten sind. Bitte beteiligen Sie die den aktuellen Leitungsbetreiber direkt am Verfahren, damit ggf. erforderliche Abstimmungsmaßnahmen (genauer Leitungsverlauf, Breite des Schutzstreifens etc.) eingeleitet werden können. Der Leitungsbetreiber kann sich ändern, ohne dass es eine gesetzliche Mitteilungspflicht gegenüber dem LBEG gibt. Wenn Ihnen aktuelle Informationen zum Betreiber bekannt sind, melden Sie diese bitte an Leitungskataster@lbeg.niedersachsen.de. Weitere Informationen erhalten Sie hier. Die beim LBEG vorliegenden Daten zu den betroffenen Leitungen entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Tabelle:

Objektname	Betreiber	Leitungstyp	Leitungsstatus
(nicht angegeben)	(nicht angegeben)	Energetische oder nicht-energetische Leitung	(nicht angegeben)

Die in der Nähe verlaufende Leitung ist nicht weiter bekannt. Anhand der angrenzenden Leitungen kann eingegrenzt werden, dass die Leitung zur EWE NETZ GmbH gehört. Wenn die Beteiligung der Leitungsbetreiber bereits im Rahmen früherer Planungsverfahren durchgeführt wurde und zwischenzeit-

Der Hinweis bezüglich einer erdverlegten Gashochdruckleitung wird zur Kenntnis genommen. Durch die beteiligten Leitungsträger wurden hierzu im Zuge der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange keine Hinweise vorgetragen.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

lich keine Veränderung des Leitungsverlaufs erfolgte, ist die Erfordernis einer erneuten Beteiligung der genannten Unternehmen durch die verfahrensführende Behörde abzuwägen.

Hinweise

Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.

In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.

Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.

Der Hinweis auf den NIBIS-Kartenserver wird zur Kenntnis genommen. Ebenfalls wird zur Kenntnis genommen, dass die Informationen zu den Baugrundverhältnissen keine geotechnische Erkundung oder Untersuchung des Baugrundes ersetzen.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass weitere Hinweise oder Anregungen nicht vorgetragen werden.

Die Hinweise zur vorliegenden Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnahmen der Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:

Abwägungsvorschlag:

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, mit Schreiben vom 26.04.2023

Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage werden Verteidigungsbelange nicht beeinträchtigt. Es bestehen daher zum angegebenen Vorhaben seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.

Das Plangebiet befindet sich in einem Jettieffflugkorridor. Es wird darauf hingewiesen, dass Beschwerden und Ersatzansprüche, die sich auf die vom Flugplatz/Flugbetrieb ausgehenden Emissionen wie Fluglärm etc. beziehen, nicht anerkannt werden.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände bestehen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Landwirtschaftskammer Niedersachsen, mit Schreiben vom 11.05.2023

Zu dem o. g. Vorhaben nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Stadt Papenburg plant die Ausweisung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes westlich der Wiro-Tankstelle am Deverweg. In dem Plangebiet mit ca. 830 qm sollen Elektroladestationen für PKW und E-Bikes entstehen.

Aufgrund der vorgelegten Unterlagen bestehen gegen das o.g. Vorhaben aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.

Das Forstamt Weser-Ems äußert sich zum o.g. Vorhaben wie folgt:

Bei der oben genannten Baumaßnahme ist nach dem Planvorhaben direkt Wald im Sinne des § 2 NWaldLG in der neusten Fassung vom 17.05.2022 betroffen. Die überplante Waldfläche ist mindestens im Verhältnis 1:1 in möglichst unmittelbarem Einzugsbereich auszugleichen. Bei Ersatz- und Ausgleichsflächen (Ersatzaufforstungen) sollte das Forstamt Weser-Ems beratend hinzugezogen werden.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus landwirtschaftlicher Sicht gegen die Planung keine Bedenken bestehen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. In Abstimmung mit der Unteren Waldbehörde des Landkreises wurde die Fläche als Feldgehölz gemäß dem Städtetagmodell bewertet (3 WF). Der Ausgleich für diese Fläche erfolgt in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde innerhalb des Papenburger Stadtgebietes in Form einer Laubgehölzanpflanzung. Damit ist dem naturschutzfachlichen Belang ausreichend Rechnung getragen. Ein Ersatz gemäß NWaldLG ist daher nicht erforderlich.

Stadt Papenburg

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 23/II
„Altes Wasserwerk – Teil 2“**

**artenschutzrechtliche Potenzialabschätzung
Brutvögel und Fledermäuse
2022**

Auftraggeber:

**BÜRO FÜR STADTPLANUNG
GIESELMANN UND MÜLLER GMBH
Raddeweg 8
49757 Werlte**

Bearbeitung:
Dipl. Biologe
Christian Wecke
Garnholterdamm 17
26655 Westerstede
Tel.: 0179-9151046

Inhaltsverzeichnis

1	Anlass und Aufgabenstellung	1
2	Lage des Planvorhabens und Beschreibung des Untersuchungsgebiets	1
2.1	Beschreibung der Vorhabenmerkmale und -wirkungen	2
3	Methodik.....	3
4	Ergebnisse und Bewertung	4
4.1	Brutvögel.....	4
4.2	Fledermäuse	4
5	Rechtliche Grundlagen	5
6	Artenschutzrechtlichen Prognose.....	8
6.1	Prognose Vorhabenwirkungen	8
6.2	Brutvögel.....	8
6.3	Fledermäuse	9
6.4	Vertiefende Prognose.....	9
6.4.1	Brutvögel.....	10
7	Fazit und Ergebnis.....	10
8	Literaturverzeichnis.....	11
9	Anhang	12

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Lage der Vorhabenfläche im Raum der Stadt Papenburg (LK Emsland).....	2
Abbildung 2	Vorhabenfläche des VBP 23/II. (Rot markiert sind die zwei angrenzenden Fläche, die das Flurstück 408/342 erschließen)	2
Abbildung 3	Übersicht über die Vorhabenfläche von Osten.....	12
Abbildung 4	Übersicht über die Vorhabenfläche von Westen	12
Abbildung 5	Birke mittleren Stammholzes	13
Abbildung 6	flächig verteilter Vogelkot unter den Bäumen der Vorhabenfläche	14
Abbildung 7	Lage der Erweiterungsfläche zum Deverweg im Südosten des VBP 23/II.....	15
Abbildung 8	Gehölze auf der Erweiterungsfläche im Südosten des VBP 23/II	15
Abbildung 9	Lage der Erweiterungsfläche zum Deverweg im Westen des VBP 23/II	16
Abbildung 10	Gehölze auf der Erweiterungsfläche im Westen des VBP 23/II	16

1 Anlass und Aufgabenstellung

In der Gemarkung Papenburg am Deverweg ist mit dem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 23/II die Errichtung einer Anlage mit Ladestationen für E-Mobilität vorgesehen. Zudem sind zwei an die geplante Ladestation angrenzende Flächen als zusätzliche Erschließung der südlich angrenzenden Fläche vorgesehen. Für die Baufeldvorbereitung ist die Entfernung der auf der überplanten Fläche bestehenden Vegetation notwendig. Im Ergebnis einer Beurteilung durch die UNB des Landkreises Emsland können aufgrund der Beeinträchtigung durch die Habitate auf den Flächen negative Auswirkungen auf Vögel und Fledermäuse nicht ausgeschlossen werden und es besteht die Notwendigkeit einer artenschutzrechtlichen Untersuchung. Mit der hier vorliegenden artenschutzrechtlichen Potenzialabschätzung soll dargestellt werden, inwiefern durch das Vorhaben artenschutzrechtliche Belange der zu erwartenden Artengruppen berührt werden können. Als Bewertungsgrundlage wurde 2022 eine Ortsbegehung und die Erfassung der Habitatstruktur durchgeführt. Es wird davon ausgegangen, dass es sich bei der Baumaßnahme um einen nach § 17 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) zulässigen Eingriff handelt.

2 Lage des Planvorhabens und Beschreibung des Untersuchungsgebiets

Die Vorhabenfläche liegt am Deverweg westlich des zentralen Stadtgebiets von Papenburg nördlich des Stadtparks. Die Lage der Vorhabenfläche ist in Abbildung 1 zu sehen. Die Vorhabenfläche zeigt sich als kleines Gehölz von ursprünglich wahrscheinlich selbstständig aufgewachsenen jungen Laubbäumen maximal mittleren Stammholzes (Abbildung 3 bis Abbildung 5). Die Vorhabenfläche wird im Nordwesten von Verkehrsflächen des Deverweges, im Osten von versiegelten Flächen einer Tankstelle und im Süden vom angrenzenden Stadtpark begrenzt. Vom Stadtpark trennt die Fläche ein Doppelstabmattenzaun (s. Abbildung 4). Die Vegetationsstruktur im angrenzenden Stadtpark ist in diesem Bereich identisch. Die zwei Erweiterungsflächen liegen westlich und südöstlich der durch den Zaun vom Stadtpark getrennten Fläche (s. Abbildung 2). Die westliche Fläche beginnt ab dem Fahrradweg am Deverweg (s. Abbildung 9) und verläuft spitz bis zur Grenze des Flurstücks 408/342 der Flur 003 (Gemarkung Papenburg). Auf ihr finden sich mittelstarke, vitale Eichen (s. Abbildung 10). Die südöstliche Fläche beginnt am Doppelstabmattenzaun (s. Abbildung 7) und verläuft einige Meter in einer Breite von 3 m entlang der befestigten Fläche der Tankstelle. Auf ihr findet sich ein ähnlich junges Gehölz aus Eichen wie zwischen dem Zaun und dem Deverweg (s. Abbildung 8).

Naturräumlich liegt das Plangebiet in der „Ostfriesisch-Oldenburgische Geest“ und gehört nach der Zuordnung der Rote-Liste-Regionen und Zuordnung zu den biogeographischen Regionen nach FFH-Richtlinie zum Tiefland West (atlantische biogeographische Region). Im Geltungsbereich der betrachteten Fläche befinden sich keine Schutzgebiete oder nach § 30 BNatSchG geschützten Biotope.

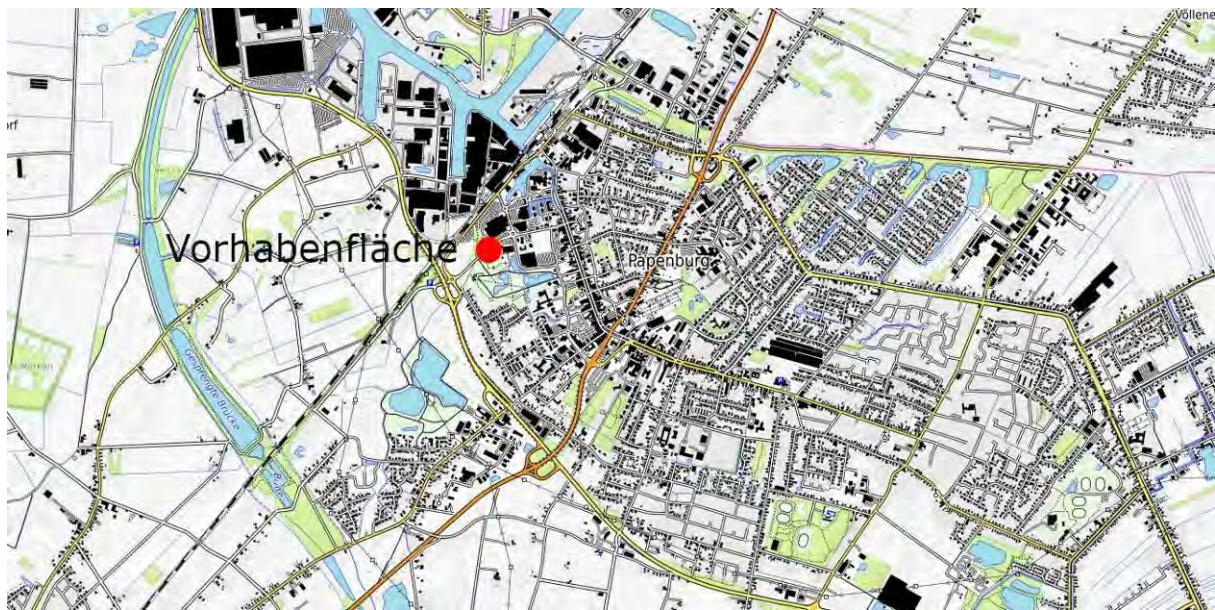


Abbildung 1 Lage der Vorhabenfläche im Raum der Stadt Papenburg (LK Emsland)

(Quelle: Verändert nach opentopomap.org)



Abbildung 2

Vorhabenfläche des VBP 23/II. (Rot markiert sind die zwei angrenzenden Fläche, die das Flurstück 408/342 erschließen)

(Quelle: Büro für Stadtplanung, Werlte)

2.1 Beschreibung der Vorhabenmerkmale und -wirkungen

Die Vorbereitung des Baufeldes für Baumaßnahmen geht mit umfassenden Erdarbeiten und der Entfernung von Gehölzen und Vegetation einher. Weitere artenschutzrechtlich relevante Eingriffe sind mit dem Vorhaben nicht verbunden.

Einsatz von Baumaschinen und Geräten

Die Einrichtung einer Baustelle erfordert für die Dauer der Baumaßnahme den Einsatz von Maschinen (Forst- und Erdbaugeräte, Transportfahrzeuge). Mit deren Einsatz sind bauzeitliche Schallimmissionen und visuelle Wahrnehmung für die gesamte Dauer der Bauphase verbunden.

Baustelleneinrichtung

Zur Umsetzung der gesamten Baumaßnahme erfolgt die Fällung und Entfernung von Gehölzen sowie die temporäre und dauerhafte Versiegelung von Böden.

Anlage

Mit der Umsetzung der Baumaßnahmen im Zuge des VBP Nr. 23/II gehen Lebensräume für geschützte Arten dauerhaft durch bauliche Überprägung verloren.

Betrieb einer Ladestation

Mit den alltäglichen Schall- und Lichtemissionen einer Ladestation für E-Fahrzeuge können für geschützte Arten dauerhaft Fluchtdistanzen unterschritten werden und somit Lebensräume verloren gehen.

Im Folgenden werden diese Vorhabenmerkmale und deren Wirkungen auf Tiere und Pflanzen beschrieben und tabellarisch (Tabelle 1: Wirkfaktoren des Vorhabens) dargestellt.

Tabelle 1: Wirkfaktoren des Vorhabens

Vorhabenmerkmal	Vorhabenwirkung	Bereich, Dauer und Zeitraum der Wirkungen
baubedingt		
Einsatz von Baumaschinen und Geräten	bauzeitliche Schall- und Staubemissionen, visuelle Wahrnehmung	<ul style="list-style-type: none">im Vorhaben-/Baustellenbereichtemporär für wenige Wochen
Baustelleneinrichtung	Inanspruchnahme von Flächen und Lebensräumen inkl. Gehölz- und Vegetationsentfernung, Bodenverdichtung/ -versiegelung	<ul style="list-style-type: none">Flächeninanspruchnahme auf wenigen hundert qm Fläche (Lebensraumtyp: Gehölz aus überwiegend einheimischen Gehölzarten)temporär
anlagebedingt		
Ladestation	Anlagebedingter dauerhafter Flächenverbrauch	<ul style="list-style-type: none">im gesamten Vorhabenbereichdauerhaft
betriebsbedingt		
Nutzung / Ladebetrieb	betriebliche Schall- und Lichtemissionen, visuelle Wahrnehmung	<ul style="list-style-type: none">im Vorhabenbereichdauerhaft

3 Methodik

Es erfolgte eine einmalige Begehung zur Erfassung der vor Ort gegebenen Strukturen. Dabei wurden potenzielle wie aktuell von Individuen der betrachteten Artengruppen in Nutzung befindliche Quartiere gesucht bzw. eingeschätzt, inwiefern die Vorhabenfläche für eine Nutzung als Jagd-, Nahrungs- oder Quartierhabitat geeignet ist. Die Bewertung der Vorhabenfläche als Lebensraum wird dann verbalargumentativ in Bezug auf das Planvorhaben, die bestehende überplante Habitatstruktur und das zu erwartende Artenspektrum vorgenommen.

4 Ergebnisse und Bewertung

4.1 Brutvögel

Die auf der Vorhabenfläche wachsenden Gehölze sind durchweg relativ jung von geringem bis maximal mittlerem Stammholz bis etwa 30 cm Brusthöhendurchmesser (eine Birke und drei Eichen mit diesem Alter, s. Abbildung 5, Abbildung 3 und Abbildung 10). Es wurden keine Höhlen oder Rindentaschen als für Höhlenbrüter geeignete Niststruktur gefunden. Der Boden der Vorhabenfläche zeigt neben den Gehölzen keinerlei Krautschicht oder Unterholz. Ein spärlicher Rasen und Moosbewuchs ist zudem durch Überwegung durch Passanten zum Teil bis auf den offenen Erdboden reduziert, wodurch die Fläche auch als Nahrungshabitat zumindest am Boden nur geringe Eignung aufweist. Die Nähe zur Straße und zu Wohn- wie gewerblicher Bebauung bedeutet einen geringen Wert der Fläche für Arten, die nicht an menschliche Nähe und Lärm als Störfaktoren angepasst sind. Gehölzbrütende Vogelarten, die als Kulturfolger trotz solcherart Störung siedlungsnah Habitats besiedeln, finden im Geäst der Bäume potenziell Niststätte und Lebensraum (Artenliste s. Tabelle 2). Es ließ sich eine auffällige Ansammlung von Vogelkot am Boden erkennen (s. Abbildung 6). Das deutet darauf hin, dass die Gehölze als Schlafbäume von Dohlen, Rabenkrähen oder ähnlicher in Gruppen ruhender Vögel genutzt wird.

Tabelle 2 Potenzielle Brutvogelarten im Bereich der Vorhabenfläche

Dt. Artname	Wiss. Artname	RL D	RLNds	BNatSchG
Amsel	<i>Turdus merula</i>	*	*	§
Buchfink	<i>Fringilla coelebs</i>	*	*	§
Buntspecht	<i>Dendrocopos major</i>	*	*	§
Elster	<i>Pica pica</i>	*	*	§
Grünfink	<i>Chloris chloris</i>	*	*	§
Heckenbraunelle	<i>Prunella modularis</i>	*	*	§
Kleiber	<i>Sitta europaea</i>	*	*	§
Kohlmeise	<i>Parus major</i>	*	*	§
Rabenkrähe	<i>Corvus corone</i>	*	*	§
Ringeltaube	<i>Columba palumbus</i>	*	*	§
Singdrossel	<i>Turdus philomelos</i>	*	*	§
Stieglitz	<i>Carduelis carduelis</i>	*	V	§
Zilpzalp	<i>Phylloscopus collybita</i>	*	*	§

Erläuterungen Schutzstatus und Gefährdung in der Vorhabenfläche potenziell zu erwartenden europäischen Vogelarten

hellgrau hervorgehobene Zeilen: Strenger Schutz bzw. Rote-Liste-Status ab Kategorie V und höher. Dunkelgrau hervorgehobene Zellen: Wertgebender Erfassungsstatus in Kombination mit wertgebendem Rote-Liste-Status (jeweils neue RL: Krüger & Sandkühler, 2021)

Der Hinweis auf den alten/neuen Rote Liste-Status erfolgt bei Arten, deren Status sich innerhalb der neuen Roten Liste Nds. verändert hat.

RL - Nds.: (alt): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvogelarten (Krüger & Nipkov 2015) (neu): Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvogelarten (Krüger & Sandkühler 2021), **RL D:** Rote Liste der in Deutschland gefährdeten Brutvogelarten (Ryslavy et al. 2021), **Region** = Rote Liste Niedersachsen Tiefland West, **Gefährungsgrad:** 2 = stark gefährdet, 3 = gefährdet, V = Vorwarnliste, * = ungefährdet. **BNatSchG:** § = besonders geschützte Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG, §§ = streng geschützte Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG

4.2 Fledermäuse

Die Vorhabenfläche weist eine geringe allgemeine Eignung als Jagdhabitat für die in Siedlungsbereichen verbreiteten Fledermausarten auf (s. Tabelle 3). Ein überdurchschnittliches Aufkommen von Beuteinsekten ist aufgrund der gering ausgeprägten Krautschicht, der von

Passanten frequentiert begangenen und daher verdichteten Fläche und keiner unmittelbaren Nähe zu Gewässern nicht zu erwarten. Potenzielle Quartierstrukturen wie Spechthöhlen, Astausfaltungen oder Rindentaschen ließen sich innerhalb des Baumbestands auf der Vorhabenfläche nicht nachweisen. Für solcherart Strukturen ist der Baumbestand überwiegend zu jung und vital. Sofern Spechte nicht die Vorarbeit geleistet haben, sind in Gehölzen mit geringem Stammdurchmesser durch Astabbrüche meist noch keine geeigneten Ausfaltungshöhlen entwickelt.

Tabelle 3: Artenliste der im Bereich der Vorhabenfläche potenziell jagenden Fledermausarten

Art, Schutzstatus und Artkürzel	Quartiere in	Jagdhabitat
Breiflügelfledermaus (<i>Eptesicus serotinus</i>) FFH Anhang IV, Rote Liste D: V, Nds.: 2	Sommer wie Winter in Spalten, in/an Gebäudedächern, Scheunen	jagt großräumig strukturgebunden, Wallhecken, Waldränder, Siedlungen
Zwergfledermaus (<i>Pipistrellus pipistrellus</i>) FFH Anhang IV, RL D: -, Nds.: 3	Sommer wie Winter in Spalten, in/an Gebäuden, Scheunen	strukturgebunden, vegetationsnah, oft gewässernah
Rauhautfledermaus (<i>Pipistrellus nathusii</i>) FFH Anhang IV, Rote Liste D: G (gefährdete wandernde Art), NDS: 2	Sommerquartiere in Spalten in Bäumen, Spechthöhlen, Fledermauskästen, Winterquartiere in Baumhöhlen, Holzstapeln und Gebäuden	Halboffenland, Siedlungen, strukturgebunden, vegetationsnah

Erläuterungen: Rote Liste BRD Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (Mammalia) Deutschlands (Meinig et al. 2020) Rote Liste NDS Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten (HECKENROTH et al. 1993)
Gefährdungskategorien: V = Vorwarnlist, 3 = gefährdet, 2 = stark gefährdet. * = ungefährdet, G = Gefährdung unbekannten Ausmaßes, D = Datenlage unzureichend

Erläuterungen Rote Liste BRD Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (Mammalia) Deutschlands (Meinig et al. 2020) Rote Liste NDS Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten (HECKENROTH et al. 1993)
Gefährdungskategorien: V = Vorwarnlist, 3 = gefährdet, 2 = stark gefährdet.
* = ungefährdet, G = Gefährdung unbekannten Ausmaßes, D = Datenlage unzureichend

5 Rechtliche Grundlagen

Artenschutzrechtliche Verbote

Die planungsrelevanten speziellen artenschutzrechtlichen Verbote sind in § 44 Abs. 1 BNatSchG formuliert. Danach ist es verboten:

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs-, und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand einer lokalen Population einer Art verschlechtert;
3. Fortpflanzungs- und Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören;
4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.

Nach § 44 Abs. 5 BNatSchG gelten unter bestimmten Voraussetzungen Einschränkungen der speziellen artenschutzrechtlichen Verbote:

Für nach § 15 BNatSchG zulässige Eingriffe in Natur und Landschaft sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, gelten für die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote folgende Maßgaben: Sind in Anhang IV a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder

solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Falls erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IVb der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten diese Maßgaben entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- oder Vermarktungsverbote vor.

Anwendungsbereich

Die Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes zum Artenschutz unterscheiden zwischen besonders geschützten Arten und streng geschützten Arten. Alle streng geschützten Arten sind zugleich als deren Teilmenge auch besonders geschützte Arten. Welche Arten zu den besonders geschützten Tier- und Pflanzenarten bzw. den streng geschützten Arten zählen, ist in § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG bzw. der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV 2005), Anlage 1 Spalte 2 und 3 geregelt:

- **streng geschützte Arten:** Arten, die in Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 338/97 des Rates vom 9. Dezember 1996 über den Schutz von Exemplaren wild lebender Tier- und Pflanzenarten durch Überwachung des Handels (EG Handel-Verordnung 1996), in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG (Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie - FFH-RL) genannt sind sowie die Arten nach Anlage 1, Spalte 3 der BArtSchV.
- **besonders geschützte Arten:** Tier- und Pflanzenarten, die in Anhang A oder Anhang B der Verordnung (EG) Nr. 338/97 aufgeführt sind, die europäischen Vogelarten im Sinne des Artikels 1 der Vogelschutzrichtlinie (VS-RL), die Arten nach Anlage 1, Spalte 2 der BArtSchV sowie die streng geschützten Arten (s.o.).

In § 44 Abs. 5 BNatSchG wird der Anwendungsbereich der Verbotstatbestände für nach § 17 BNatSchG zugelassene Eingriffe sowie nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässige Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG auf europäische Vogelarten, Arten des Anhangs IV FFH-RL sowie solche Arten eingeschränkt, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG¹ aufgeführt sind. Zudem liegt danach kein Verstoß gegen § 44 Abs. 3 BNatSchG vor, soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten – ggf. unter Hinzuziehung vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen – im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Ausnahme- und Befreiungsmöglichkeiten

Sofern Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 BNatSchG einschlägig oder deren Einschlägigkeit nicht sicher auszuschließen sind, wird für diese jeweils untersucht, ob die Voraussetzungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG vorliegen. Im Folgenden sind das, das Fehlen einer zumutbaren Alternative, die Aufrechterhaltung des (günstigen) Erhaltungszustands einer Art sowie zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses.

Ergänzung zum Tötungsverbot

Bei der Feststellung, ob § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötungsverbot) einschlägig ist, ist zu beantworten, ob es durch das geplante Vorhaben zu einem signifikant erhöhten Tötungsrisiko für die untersuchungsrelevanten Arten kommt. Die Prognose einer vorhabenbedingt erhöhten Mortalität erfolgt einzelfallbezogen anhand der Vorhabenauswirkungen und der betrachteten geschützten Arten und ihrer Ökologie.

BMVI (2020, S. 27, 28) formuliert dazu wie folgt: „Das Tötungsverbot ist grundsätzlich individuenbezogen. Dennoch stellt nicht jede mögliche Verletzung oder Tötung eines geschützten

¹ Eine Rechtsverordnung liegt bisher nicht vor.

Tieres eine Verbotsverletzung dar. Sofern alle zumutbaren Maßnahmen zur Vermeidung von Individuenverlusten umgesetzt werden, wird das Tötungsverbot durch ein Vorhaben nur dann verletzt, wenn sich das Tötungs- und Verletzungsrisiko über das ohnehin bestehende allgemeine Lebensrisiko des Tieres hinaus signifikant erhöht. (...) Von einer Erhöhung „in signifikanter Weise“ kann in der Regel ausgegangen werden, sofern es um Tiere solcher Arten geht, die aufgrund ihrer Verhaltensweisen gerade im Bereich des Vorhabens ungewöhnlich stark von den Risiken des vorhabenbedingt entstehenden Betriebs oder von den Bau-maßnahmen betroffen sind [z.B. durch bedeutende Wanderwege, traditionelle Flugstrecken oder anderweitig bedeutende Vorkommen empfindlicher Arten (z.B. essentielle Nahrungsgebiete) im vorhabenbedingten Wirkungsbereich] und sich diese besonderen Risiken durch die konkrete Ausgestaltung des Vorhabens einschließlich geplanter Vermeidungsmaßnahmen nicht beherrschen lassen.“

Ergänzung zum Störungsverbot

Mit den Urteilen des EuGH vom 04.03.2021 in der Rechtssache Skydda Skogen (C-473/19 und C-474/19) entstanden nationalrechtliche Unsicherheiten bei der Anwendung des § 44 BNatSchG. Der EuGH widerspricht in diesen Urteilen der rein populations- und erhaltungszustandsbezogenen Betrachtungsweise des BNatSchG in Bezug auf das Störungsverbot (Zugriffsverbot Nr. 2) in Bezug auf Anhang IV-Arten. Demnach kann das Störungsverbot für Anhang IV-Arten bereits im Einzelfall erfüllt sein, wenn ein einzelnes Individuum einer Art gestört wird, auch wenn keine Auswirkungen auf die lokale Population der Art bzw. den Erhaltungszustand zu erwarten sind. Für alle weiteren europäischen Vogelarten wird hingegen angenommen, dass die bisherige Rechtspraxis weiterhin gilt und der Erhaltungszustand der lokalen Population Prüfmaßstab ist ².

Analog der Prüfpraxis zum Tötungsverbot wird auch für das Störungsverbot nachfolgend eine Relevanzschwelle angenommen, an der das Eintreten des Verbotstatbestands für Anhang IV-Arten gemessen wird. Die Schwelle wird überschritten, wenn es zu einer signifikan-ten Erhöhung des vorhandenen sozialadäquaten Risikos kommt, gestört zu werden. Im Folgenden wird jede Tätigkeit, welche zu

- einer Verringerung der Fitness (Verringerung der Überlebenschancen, des Fortpflanzungserfolgs oder der Fortpflanzungsfähigkeit) eines Individuums einer Anhang IV-Art

führt, als tatbeständig im Sinne der EU-Kommission (2021, S. 31 ff.) und damit in diesem Gutachten vorsorglich als „erhebliche Störung“ definiert.

Im Rahmen des vorliegenden Gutachtens erfolgt zunächst hilfsweise eine individuenbezogene Sachverhaltsermittlung (Konfliktbeschreibung) und -bewertung. In einem zweiten Schritt erfolgt ergänzend gemäß der geltenden Anforderungen des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG die Konfliktbewertung auf der Ebene der „lokalen Population“ der betroffenen Art.

Ergänzungen zum Schutz von Lebensstätten

In welchem Fall eine Fortpflanzungs- und Ruhestätte dem Schutz des Art. 12 Abs. 1 lit. D FFH-RL bzw. in Umsetzung dessen § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG unterliegt, liegt eine Gerichtsentscheidung des EuGH vor (Rechtsache C-357/20 vom 28.10.2021). Danach ist auch von einem Eintreten des Verbotstatbestands auszugehen, wenn die Zerstörung eine zwar aktuell nicht genutzten Fortpflanzungs- und Ruhestätte betrifft, jedoch aber eine „hinreichend hohe Wahrscheinlichkeit“ besteht, dass die Art an diese Ruhestätte zurückkehrt (Rn. 43 des Urteils).

² Dazu führt Lau (2021, S. 462) wie folgt aus: „Da sich der EuGH im Urteil vom 4. 3. 2021 lediglich zu Art. 12 FFH-RL äußerte, können dem Urteil zunächst auch nur Aussagen zum Schutz der in Anhang IV der FFH-Richtlinie gelisteten Arten entnommen werden. In Bezug auf die europäischen Vogelarten fehlt es hingegen nicht nur aufgrund fehlender Einlassungen des EuGH hierzu an jeglichen Anhaltspunkten für einen Individuenbezug des Störungsverbots. Verboten doch Art. 5 lit. d) VRL die Störung von Vögeln nur, sofern sich diese Störung auf die Zielsetzung dieser Richtlinie erheblich auswirkt.“

6 Artenschutzrechtliche Prognose

Im Ergebnis der Begehung und Potentialabschätzung sind Fledermäuse und Brutvögel potenziell von den Wirkungen des Vorhabens betroffen. Im Folgenden wird betrachtet, inwiefern die Vorhabenwirkungen Verbote nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 i.V.m. 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG auf die prüfungsrelevanten Arten auslösen können.

6.1 Prognose Vorhabenwirkungen

Tabelle 4 führt auf, welche Vorhabenwirkungen artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG auf welche Arten/ Artengruppen auslösen können.

Tabelle 4 Auslösung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG

Art/ Artengruppe	Vorhabenwirkungen und Verbotstatbestände - baubedingt		
	bauzeitliche Schallimmissionen, visuelle Wahrnehmung	Inanspruchnahme von Flächen und Lebensräumen	
	§ 44 Abs. 1 Nr. 2 (Störung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 1 (Tötung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 3 (Lebensstättenverlust)
Brutvögel (§)	ja	ja	ja
Fledermäuse (§§)	nein	nein	ja
	Vorhabenwirkungen und Verbotstatbestände - anlagebedingt		
	visuelle Wahrnehmung	Inanspruchnahme von Flächen und Lebensräumen	
	§ 44 Abs. 1 Nr. 2 (Störung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 1 (Tötung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 3 (Lebensstättenverlust)
Brutvögel (§)	ja	nein	nein
Fledermäuse (§§)	nein	nein	nein
	Vorhabenwirkungen und Verbotstatbestände - betriebsbedingt		
	Schallimmissionen, visuelle Wahrnehmung		
	§ 44 Abs. 1 Nr. 2 (Störung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 1 (Tötung)	§ 44 Abs. 1 Nr. 3 (Lebensstättenverlust)
Brutvögel (§)	ja	nein	ja
Fledermäuse (§§)	ja	nein	nein

Erläuterung: Art/Artengruppe: § = besonders geschützte Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 13 BNatSchG, §§ = Streng geschützte Art gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 14 BNatSchG

6.2 Brutvögel

Gegenstand der artenschutzrechtlichen Betrachtung sind hier alle europäischen (wildlebenden, heimischen) Vogelarten.

Da bei euryöken, landes- und bundesweit ungefährdeten, wenig Störungsanfälligen und ubiquitären Arten wie z.B. Amsel, Buchfink, Blaumeise oder Zilpzalp keine populationsrelevanten Beeinträchtigungen zu erwarten sind, ist es in der Planungspraxis üblich, diese Arten nur im Hinblick auf § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1 (Tötung) und § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 3 (Verlust von Lebensstätten) in der artenschutzrechtlichen Prüfung weiter zu betrachten. In Bezug auf § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 2 (Störung) finden Auswirkungen auf diese sogenannten Allerweltsarten über den flächenbezogenen Biotoptypenansatz der Eingriffsregelung (einschließlich Vermeidung und Kompensation) hinreichend Berücksichtigung (vgl. Kap. 5).

Der Vorhabenfläche kommt keine besondere Bedeutung für Brutvögel zu. Alle der in der Tabelle 3 aufgeführten Arten sind weit verbreitet und häufig. Es handelt sich um überwiegend anpassungsfähige Arten, die häufig in siedlungsnahen Gehölzen brüten. Die in der Vorha-

benfläche stehenden Bäume sind vom Vorhaben betroffen. Das stellt eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne der Eingriffsregelung für die erfassten Brutvogelarten dar. Vögel (besonders Eier und Jungtiere), die sich in den Nestern befinden, können bei den Arbeiten zur Baufeldvorbereitung verletzt oder getötet werden, wodurch potenziell der Verbotstatbestand der Tötung nach § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1 zutreffen kann.

Baubedingte Störungen durch Schallimmissionen und visuelle Wahrnehmung im Sinne des Störungsverbots (§ 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG) sind möglich aber unwahrscheinlich, da sich die Vorhabenfläche inmitten von Verkehrsflächen und Gewerbebebauung befindet. Von einer Vorbelastung bzw. Gewöhnung an Lärm und Anwesenheit von Menschen ist daher auszugehen. Das ist auch für die Dohlen oder Rabenkrähen, die die Bäume auf der Vorhabenfläche als Schlafbäume nutzen, anzunehmen.

Auch der Verlust von Lebensstätten im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG kann vorab nicht ausgeschlossen werden. Dieser Punkt wird allerdings erst dann einschlägig, wenn eine „hinreichend hohe Wahrscheinlichkeit“ besteht, dass die Art an ihre Ruhe oder Vermehrungsstätte zurückkehrt (vgl. Kap. 5). Innerhalb der Vorhabenfläche sind bis auf die Dohlen/Rabenkrähen keine Arten zu erwarten, bei denen eine hinreichend hohe Wahrscheinlichkeit gegeben ist, dass die Art an ihre Ruhe oder Vermehrungsstätte zurückkehrt (s. Tabelle 2). Letztere werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zum jetzigen Zeitpunkt schon die in unmittelbarer Nähe verbleibenden Gehölze des Stadtparks als Schlafbäume nutzen und durch die Entfernung der Bäume auf der Vorhabenfläche einen Lebensstättenverlust in erheblichem Maße erfahren.

Der Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist unter Einbeziehung von Vermeidungsmaßnahmen näher zu betrachten.

6.3 Fledermäuse

Die Eignung der Vorhabenfläche als Fledermauslebensraum erstreckt sich auf Jagdaktivitäten von geringer Bedeutung entlang der Gehölze. Die zu erwartenden Arten sind als Kulturfolger vergleichsweise unempfindlich gegenüber anthropogenen Störungen. Eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne der Eingriffsregelung für die zu erwartenden Fledermausarten (s. Tabelle 3) stellt die für das geplante Vorhaben notwendige Fällung der Gehölze nicht dar, da der Baumbestand ohne Quartierpotenzial ist und Tötungen in Bezug auf die Vorhabenwirkungen nur im Bereich von Quartieren geschehen können. Ein Verbotstatbestand der Tötung nach § 44 BNatSchG Abs. 1 Nr. 1. ist daher auszuschließen. Ein Verlust von Lebensstätten nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 BNatSchG ist auszuschließen, da die Vorhabenfläche über eine zu erwartende allgemeine Flugaktivität als Jagdgebiet keine hervorzuhebende Eignung aufweist (s. 4.2). Eine Störung im Sinne des § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG von nächtlich jagenden Fledermäusen kann ausgeschlossen werden, da Schall- und Lichtimmissionen durch die, auf der Vorhabenfläche geplante Struktur im Umfeld der Vorhabenfläche als Vorbelastung und Gewöhnungsfaktor bereits vorliegen.

6.4 Vertiefende Prognose

Kapitel 6.1 begründet einzig den nicht auszuschließenden Punkt zu erwartender artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände beim Tötungsverbot nach § 44 Abs. 1 BNatSchG für Brutvögel zur näheren Untersuchung.

6.4.1 Brutvögel

Verbotstatbestand nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung)

Betrachtungsrelevant sind Verluste von Elterntieren, Eiern oder nicht flüggen Jungvögeln während der Baufeldräumung innerhalb des Baumbestandes, wenn diese während der Brutzeit der vorkommenden Vogelarten durchgeführt werden. Durch eine Bauzeitenbeschränkung und/oder ökologische Baubegleitung lassen sich Tötungen vermeiden.

Die Erfüllung von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG wird unter Berücksichtigung der Maßnahme zur Vermeidung bzw. Verminderung der Auswirkungen ausgeschlossen.

Maßnahmen zur Vermeidung der Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG

Zur Vermeidung der Erfüllung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) werden folgende Maßnahmen notwendig:

- Die erforderliche Baufeldräumung und Gehölzentfernung hat außerhalb des Zeitraumes vom 1. März bis zum 30. September (Allgemeiner Schutz wildlebender Tiere und Pflanzen gem. § 39 BNatSchG) zu erfolgen (Bauzeitenbeschränkung).
- Erfolgen die Baufeldräumung; Rückbau und Gehölzentfernung während der Brutzeit, hat vor Beginn der Arbeiten zur Vermeidung der Erfüllung des Verbotstatbestandes gemäß § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (Tötung) für potenziell brütende Vogelarten eine Überprüfung auf Nester bzw. nistende Brutvögel im Vorhabenbereich durch eine ökologische Baubegleitung zu erfolgen.

7 Fazit und Ergebnis

Durch das geplante Vorhaben des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 23/II, der Errichtung einer Anlage mit Ladestationen für E-Mobilität am Deverweg in Papenburg, ist das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände im Sinne des § 44 Abs. 1 bis 3 BNatSchG nicht ohne detaillierte Betrachtung auszuschließen. Aus diesem Grund wurde in Kap. 6.1 aufgeführt, welche Auswirkungen auf Brutvögel und Fledermäuse durch die Planung auftreten können (Prognose).

Im Rahmen der Prognose der durch das Vorhaben zu erwartenden artenschutzrechtlichen Konflikte ließ sich bei Brutvögeln das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände i.S. des § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG nicht ausschließen (s. Kapitel 6.2).

Unter **Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung** (Bauzeitenbeschränkung / ökologische Baubegleitung) ist für die in der Vorhabenfläche zu erwartenden europäischen (wildlebenden, heimischen) Vogelarten jedoch kein Eintreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG zu erwarten.

Für Fledermäuse kann das Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände im Sinne des § 44 Abs. 1 bis 3 BNatSchG ausgeschlossen werden (s. Kapitel 6.3).

Die Ausarbeitung von Potenzialabschätzung und artenschutzrechtlicher Prognose der Auswirkungen des Planvorhabens wurde nach bestem Wissen und Gewissen und mit größter Sorgfalt erstellt. Der Beitrag besteht aus 9 Seiten, Literaturverzeichnis und 3 Seiten Bildanlagen (Gesamtseitenzahl: 13 Seiten)

Unterschrift



Christian Wecke

8 Literaturverzeichnis

Gesetze

BArtSchV, 2005. Verordnung zum Schutz wild lebender Tier- und Pflanzenarten (Bundesartenschutzverordnung - BArtSchV) vom 16.02.2005 (BGBl. I S. 258, 896) zuletzt geändert durch Art. 10 des Gesetzes vom 21.01.2013 (BGBl. I S. 95).

BNatSchG, 2019. Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des 4. BNatSchGÄndG vom 20. 07.2022 (BGBl. I S. 1362) geändert worden ist.

LNatSchG NRW. Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen und zur Änderung anderer Vorschriften. Vom 15. November 2016, GV.NRW. S. 933 - 964.

Literatur

Bauer, H.-G.; Bezzel, E.; Fiedler, W. 2005. Das Kompendium der Vögel Mitteleuropas.

Behm, K. & Krüger, T. (2013): Verfahren zur Bewertung von Vogelbrutgebieten in Niedersachsen, 3. Fassung, Stand 2013

Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bonn 2020: Rote-Liste-Gremium Amphibien und Reptilien, 2020. Rote Liste und Gesamtartenliste der Amphibien (Amphibia) Deutschlands. – Naturschutz und Biologische Vielfalt 170 (4): 86 S.

Dietz, C., Helversen, O. & Nill, D. 2007. Handbuch der Fledermäuse Europas und Nordwestafrikas

Drachenfels, O. v., 2020. Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlich geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie, Stand Februar 2020, Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen. Hannover.

FFH-RL, 2006. Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie. Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, zuletzt geändert durch Richtlinie 2006/105/EG des Rates vom 20. November 2006 am 20.12.2006.

Gassner, E., Winkelbrandt, A., Bernotat, D., 2010. UVP und Strategische Umweltprüfung. Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltprüfung, 5. ed. C. F. Müller, Heidelberg [u.a.].

Grüneberg, C., Bauer, H.-G., Haupt, H., Hüppop, O. Ryslavy, T. & Südbeck, P. 2015. Rote Liste der Vögel Deutschlands 5. Fassung, 30. November 2015. Ber. Vogelschutz 52, 19-67.

Haupt, H., Ludwig, G., Gruttke, H., Binot-Hafke, M., Otto, C. & Pauly, A. (Red.) (2009). Rote Liste gefährdeter Tiere, Pflanzen und Pilze Deutschlands

Heckenroth, Hartmut et al., 1991, Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Säugetierarten [= Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 13. Jg, Nr. 6]. Niedersächsisches Landesamt für Ökologie (NLÖ), Hannover 1993, S. 221-226

Krüger, T. & Nipkov, M. 2015. Rote Liste der in Niedersachsen und Bremen gefährdeten Brutvögel. Inform. d. Natursch. Niedersachsen 4, 182-254.

Meinig, H.; Boye, P., Dähne, M., Hutterer, R. & Lang, J. (2020): Rote Liste und Gesamtartenliste der Säugetiere (Mammalia) Deutschlands. – Naturschutz und Biologische Vielfalt 170 (2): S. 73

NLWKN, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Naturräumliche Regionen in Niedersachsen, Abruf Datenserver am 08.7.2020

NMU, Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Umweltkarten. Abruf am 08.07.2020: http://www.umweltkarten-niedersachsen.de/GlobalNetFX_Umweltkarten/

NLWKN (Hrsg.), 2016. In Niedersachsen vorkommende Arten der Anhänge II und IV der FFH-Richtlinie.

NLWKN, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz. 2010b. Verzeichnis der in Niedersachsen besonders oder streng geschützten Arten - Tabelle Teil A: Wirbeltiere, Pflanzen und Pilze. Stand 01.11.2008 (Korrigierte Fassung 01.01.2010). Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN), Hannover / Niedersachsen.

VS-RL, 2009. Richtlinie 2009/147/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten. (Vogelschutzrichtlinie).

9 Anhang



Abbildung 3 Übersicht über die Vorhabenfläche von Osten

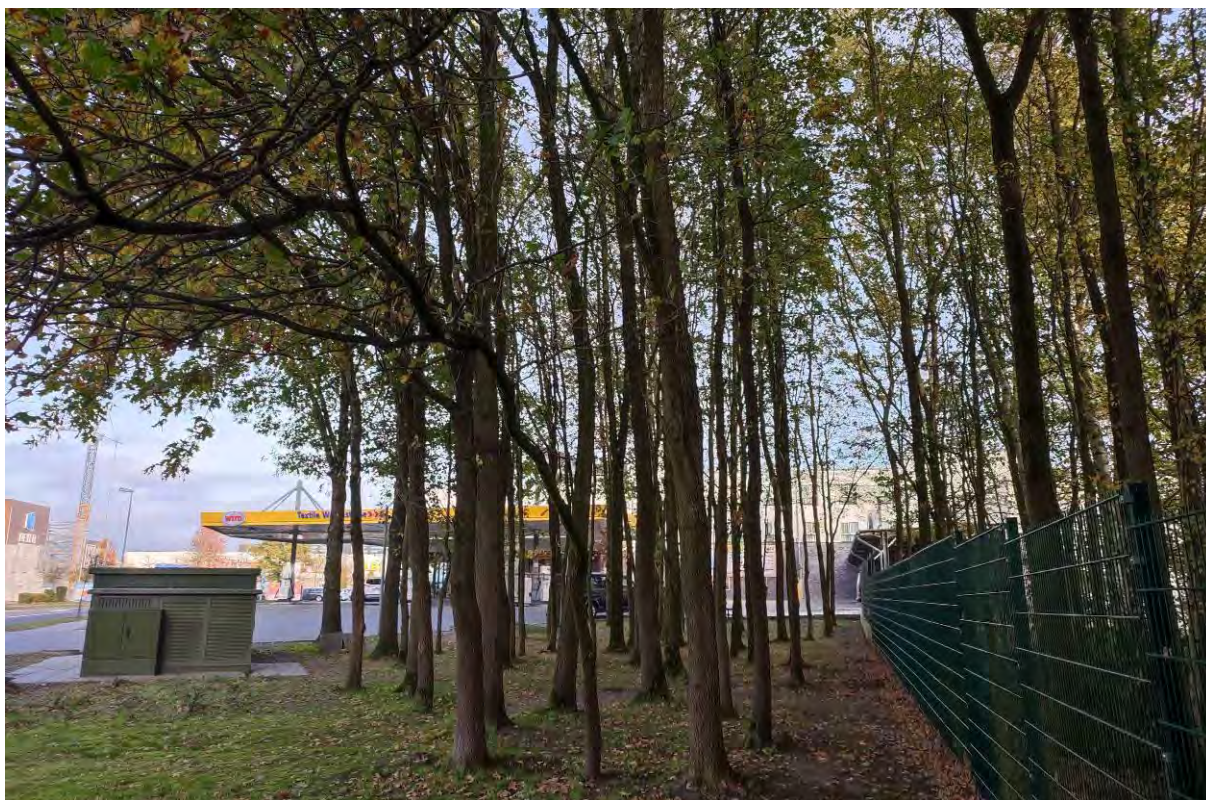


Abbildung 4 Übersicht über die Vorhabenfläche von Westen



Abbildung 5

Birke mittleren Stammholzes



Abbildung 6 flächig verteilter Vogelkot unter den Bäumen der Vorhabenfläche



Abbildung 7 Lage der Erweiterungsfläche zum Deverweg im Südosten des VBP 23/II



Abbildung 8 Gehölze auf der Erweiterungsfläche im Südosten des VBP 23/II



Abbildung 9 Lage der Erweiterungsfläche zum Deverweg im Westen des VBP 23/II



Abbildung 10 Gehölze auf der Erweiterungsfläche im Westen des VBP 23/II

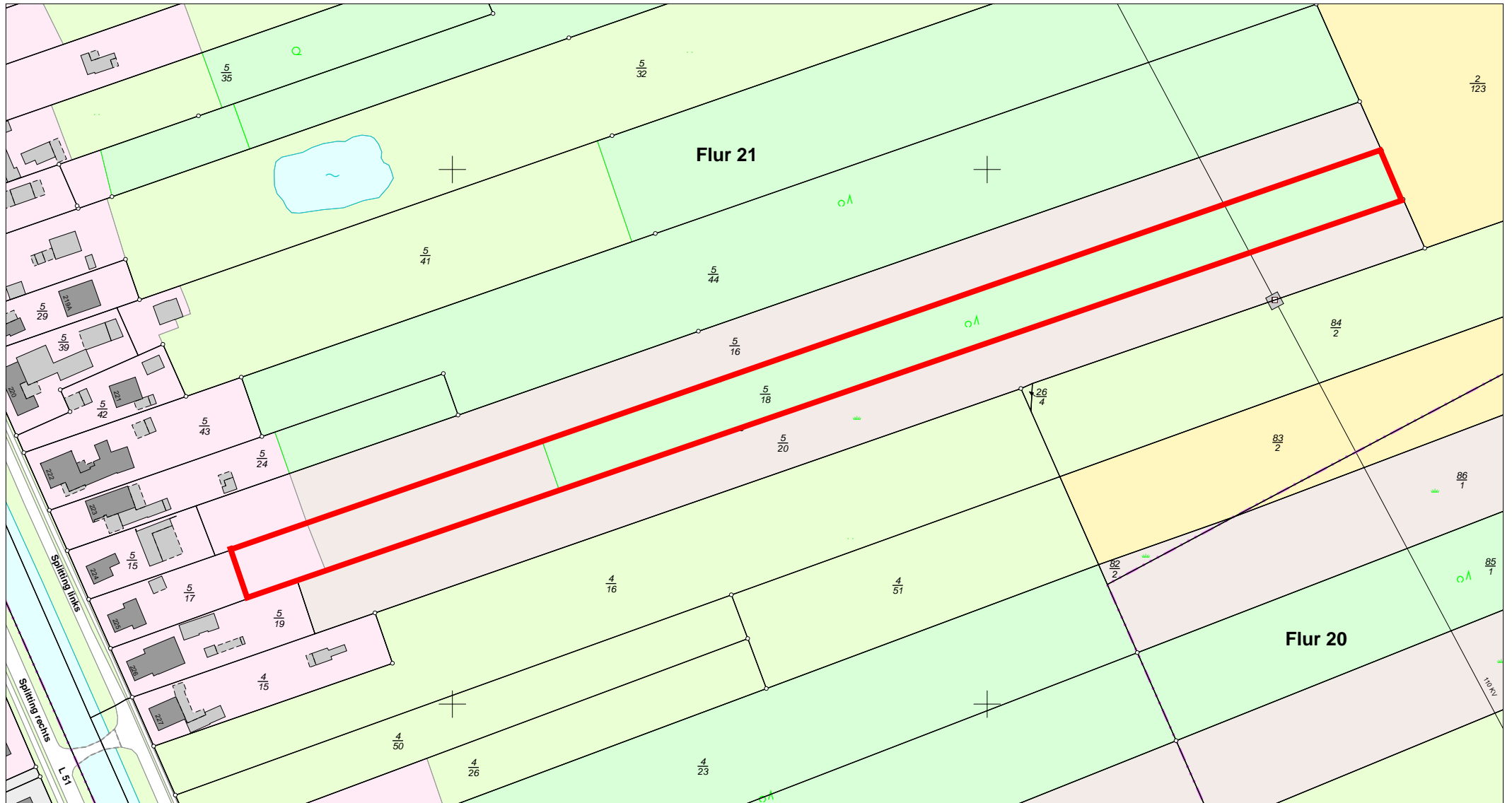
Liegenschaftskarte 1:2000

Erstellt am 24.11.2022

Standardpräsentation

Aktualität der Daten

N = 5877662



N = 5877362

**Vermessungs- und Katasterverwaltung
Niedersachsen**

Gemeinde: Papenburg, Stadt
 Gemarkung: Papenburg
 Flur: 21 Flurstück: 5/18

Maßstab 1:2000

0 20 40 60 Meter

Verantwortlich für den Inhalt:

Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen
 Regionaldirektion Osnabrück-Meppen - Katasteramt Papenburg -
 Am Stadtpark 10
 26871 Papenburg

Bereitgestellt durch:

ÖbVI Dirk Beening

Hauptstraße 38
 26789 Leer

Zeichen:

Bei einer Verwertung für nichteigene oder wirtschaftliche Zwecke oder einer öffentlichen Wiedergabe sind die Allgemeinen Geschäfts- und Nutzungsbedingungen (AGNB) zu beachten; ggf. sind erforderliche Nutzungsrechte über einen zusätzlich mit der für den Inhalt verantwortlichen Behörde abzuschließenden Nutzungsvertrag zu erwerben.

E = 32397993

E = 32397433

